

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 14. März 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 31.

Bekanntmachung.

Gemäß dem Beschlusse des Tarifausschusses hat das Tarifamt einen neuen

Kommentar zum Tarife

herausgegeben. Derselbe umfaßt 22 Druckbogen und ist zum Preise von 90 Pf. pro Exemplar vom Tarifamt direkt zu beziehen; für Porto sind bei 1 Exemplar außerdem 20 Pf., bei 2 Exemplaren 30 Pf. zu entrichten. Mehr als 2 Exemplare müssen als Postpaket versendet werden, und werden Pakete von uns unfrankiert aufgegeben.

Die Versendung erfolgt in jedem Falle nur gegen vorherige Einsendung des Betrages oder gegen Nachnahme.

Berlin, 11. Februar 1908.
SW 48, Friedrichstraße 230.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Georg W. Bügenstein, L. F. Giesecke,
Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Gewerkschaftliche Neutralität.

XX.

Der Leser braucht nicht zu erschrecken, als ob nun noch einmal 20 Artikel folgen sollen — im Gegenteil, es wird bloß einer —, wenn ich darauf eingehe, wie bisher Politik von der Sozialdemokratie für die Gewerkschaften gemacht worden ist. Ich kann mich dabei mehr auf ein Resümee beschränken, weil ich ja schon bei den wirtschaftlichen Fragen glaube nachgewiesen zu haben, was ich auch jetzt aufs neue wiederhole, daß der erste Teil des s.-d. Programms eine wirkliche politische Vertretung der Arbeiterinteressen nicht zuläßt. Er steht im Widerspruch mit der Gewerkschaftsarbeit. In vollem Umfange erkenne ich an, daß die s.-d. Partei alle Zeit bemüht gewesen ist, energisch und rücksichtslos den Arbeiterinteressen zu dienen, aber immer nur vom sozialrevolutionären Standpunkt aus. Wie im Wirtschaftsleben müssen wir aber auch auf dem politischen Gebiete ein Kompromißverfahren einschlagen. Die Umwandlung der Sozialdemokratie aus einer sozialrevolutionären in eine radikalsozialistische Reformpartei ist die Voraussetzung dafür, der einzige Weg, der eine harmonische und nützliche Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften ermöglicht. Ich kann es einfach nicht begreifen, auf der einen Seite zu erklären: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, so lange ich lebe und existiere, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen,“ wie es Bebel in Dresden getan, und dann von dieser selben Gesellschaft einen größeren Arbeiterschutz, ein freieres Versammlungsrecht, ein ausge dehntes Wahlrecht, kurzum eine Reihe von Freiheiten zu verlangen, die dazu dienen sollen, dieser Gesellschaft so schnell als möglich den Garaus zu machen. Daß die heute herrschende Gesellschaft keinen ewigen Bestand hat, das weiß sie selbst, und wir wiederum wissen, daß mit den wirtschaftlichen Veränderungen auch die soziale und politische Struktur eine andre wird. Warum also nicht ein evolutionistisches Programm zu dem Leitenden

machen, wie es vorwiegend das Gothaer Programm gewesen ist? Das gegenwärtige Programm der s.-d. Partei ist in einer Zeit entstanden, wo die Führer glaubten, in sechs bis sieben Jahren bereits inmitten der sozialistischen Gesellschaft leben zu können. Die Dinge sind aber anders gekommen, die Illusionen haben sich verflüchtigt, das illusionäre Programm ist aber geblieben. Daraus erklären sich die verschiedenen Strömungen in der s.-d. Partei, ihre Inkonsistenz und Schaukelpolitik, die „silbenstechenden, haarspalterischen Kämpfe um die Auslegung von Karl Marx“, das Auf und Nieder in den Fragen von Generalstreik und Maifeier, die unterschiedliche Bewertung der Gewerkschaften, die Zusammenstöße von Radikalen und Revisionisten, die Unsicherheit in allen innerpolitischen Fragen, das andauernde Streiten und Ringen um Taktik und Prinzip, die leidenschaftlichen persönlichen Kämpfe, die Vergeudung von Arbeit, Kraft und Zeit.

Das alles färbt aber auch auf die Gewerkschaftsbewegung ab. Gerade die Resolutionen von Jena, Mannheim und Stuttgart machen mehr als bisher die Gewerkschaften für die Taktik der Sozialdemokratie mit verantwortlich. Das ist es, was in allen Fragen der Arbeiterbewegung zur Stellungnahme zwingt. So kann es eben nicht weitergehen, wir müssen ein klares Feld vor uns haben. Während wir in der Gewerkschaftsbewegung mühsam Sprosse um Sprosse in die Höhe klettern, neigert man in der s.-d. Partei aus sogenannten „prinzipiellen“ Gründen leichten Herzens gegebene Wirtschaftsfaktoren, gibt man Positionen preis, die einen größeren Anteil der Arbeiter an der Gesellschaftsverfassung garantieren würden. Vorläufig ist zwar die Sozialdemokratie die nach der Zahl ihrer Wahlstimmen stärkste Partei, die Träger dieser Stimmen aber sind gleichzeitig der ökonomisch weitaus schwächste Teil der Bevölkerung, der politisch einflußloseste. Das ist ein Zustand, der mit allen angängigen Mitteln beseitigt werden muß. Das ist aber nur möglich, wenn im Sinne der Gewerkschaften praktische Politik getrieben wird.

Nun wird man mir erwidern, ob denn die Vertretung und Verteidigung und Förderung eines höhern Arbeiterschutzes, eines Ausbaues der Fabrikinspektionen, des Achtstundentages, der Versicherungsgeetze, des Vereinsrechtes usw. keine praktische Politik wäre. Gewiß, aber eine nutzlose. Der sozialrevolutionäre, inkonsequente Radikalismus der sozialdemokratischen Partei hebt die Wirkungen ihrer Gegenwarts politik völlig auf. In dem man das historisch gewordene Staatswesen verneint, stellt man sich außerhalb der Gesellschaft, ohne die man aber wiederum nicht die bescheidenste Arbeiterforderung im Parlamente durchdrücken kann. Es fehlt der s.-d. Partei an der aufbauenden Tendenz. Ihre gesamte Taktik und Politik segelt in einem Meer unlösbarer Widersprüche. Und die Gewerkschaften leiden darunter ganz erheblich. Der Radikalismus schafft immer wieder neue Reaktionen und umgekehrt. Diese wiederum rächt sich an den Gewerkschaften als den greifbaren Teil der Arbeiterbewegung, denn den sozialdemokratischen Stimmgittel kann sie nicht fassen. Wenn die s.-d. Partei so gern ihre praktische Politik betont, warum kann sie sich dann nicht auf den praktischen Boden der

gegebenen Verhältnisse stellen? Ich bin Republikaner, rechne aber mit der Monarchie, ich bin Arbeiter, rechne aber mit den Kapitalisten, ich bin kein Freund der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, stelle mich aber auf ihren Boden, weil ich sonst als Arbeiter, Gewerkschaftler und Staatsbürger in der Luft hängen würde. Warum kann die s.-d. Partei sich einer solchen praktischen Erfassung der Dinge nicht anpassen? Weil ihre Theoretiker vom grünen Tisch aus das Volk „regieren“, weil man sich in einen Radikalismus verbißen hat, der lieber alles zugrunde gehen lassen will, statt der Gesellschaft und der Regierung im Arbeiterinteresse auf einer Strecke Weges das Geleit zu geben, statt sich auf den Standpunkt zu stellen: eine Hand wäscht die andre. Die einfachste Logik müßte der s.-d. Partei sagen, daß es dauernd die Regierung in die Arme der volksfeindlichen Junker treiben heißt, wenn man der Regierung „planmäßig und grundsätzlich alle Mittel und Wege abschneidet“. Die Sozialdemokratie muß sich ihren Anteil an der Regierung zu sichern bestrebt sein und darf ihre drei Millionen Wähler nicht bloß als agitatorische Zahlenmaschine verwerten. Was nützen alle großen Reden auf Kongressen und im Parlamente, wenn im kritischen Momente die s.-d. Partei ver sagt. „Unser die Welt trotz alledem!“ hört man nun seit 40 Jahren zum Überdruße, die weil ist die Arbeiterklasse heute politisch einflußloser als vor einem Vierteljahrhundert. Das verschuldet die verfahrene Politik der Sozialdemokratie.

Während sich seit Jahrzehnten zielklar und konsequent die Gewerkschaftsbewegung in ihren Aufgaben und Arbeiten entwickelt hat, ging aus Furcht vor einer Opportunitäts politik die Sozialdemokratie den Zick-Zack-Weg. Sie weiß heute weder ein noch aus. Man „mausert“ sich vor einem Parteitage zum andern; es bleibt aber alles beim alten, das Parteinteresse überwuchert das Arbeiterinteresse. Mit einem Worte: Man hat den Anschluß verpaßt. Den Verhältnissen gegenüber, wie sie mit dem unerhörten Wahlerfolge von 1890, der Entlassung Bismarcks, den Kaiserlichen Erlassen und der Aufhebung des Sozialistengesetzes geschaffen wurden, hat man sich nicht anders abzufinden gewußt, als daß man das im Ganzen gemäßigtere, während des Sozialistengesetzes bestandene Parteiprogramm verschärfte, oder, wie man sagte, „wissenschaftlich vertiefte“ und alle Brücken hinter sich abtrug. Dabei ist man auf den toten Punkt gekommen, auf dem jetzt die s.-d. Partei rotiert. Man mag von den Kaiserlichen Erlassen von 1890 denken, wie man will, auf jeden Fall hätte die Gesamtsituation der Sozialdemokratie Anlaß geben sollen, eine Annäherung an die herrschenden Gewalten zu versuchen. Wir Gewerkschaftler müssen es in der Praxis des Lebens alle Tage tun. v. Bollaer über das damalige Situation, als er seinerzeit behauptete, daß in der Politik der Reichsregierung seit Bismarcks Sturz eine erhebliche Änderung eingetreten sei. Sie stehe unsrer Partei nicht mehr ganz so feindsichtig gegenüber als ehemals, die Möglichkeit, größere praktische Erfolge zu erzielen, sei gegeben, und dementsprechend müsse unsre Taktik sich ändern; die kritische Tätigkeit, die eigentliche sozialistische Propaganda, müsse zurücktreten gegenüber der positiven Reformarbeit; wir

müßten unsre Kraft auf die jeweils nächsten und dringendsten Dinge konzentrieren. Hätte man danach gehandelt, wäre es allerdings mit dem Wortradikalismus zu Ende gewesen, dafür aber wäre seit Jahren die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch weiter gekommen, als es so der Fall ist. Über Molkensbühr hat recht: „In einer neuen Situation fällt einem immer zuerst das Allerdümmste ein“.

Indem man aber krampfhaft bemüht blieb, kein Titelchen von dem sogenannten revolutionären Prinzip preiszugeben, wurde die f.-d. Partei das Opfer ihrer widerspruchsvollen Taktik, ihres unersöhnlichen Programms. Mit der „Diktatur des Proletariats“, mit der „Eroberung der politischen Macht“ wollte man die Welt einschüchtern, in einem Anlaufe die „verderbte Bourgeoisie“ überwinden, dieweil da und dort trotz alledem die Opportunitätspolitik, der Revisionismus, üppig in die Halme schöß. Dem Reich verweigerte man das Budget, in den Einzellandtagen wurde es bewilligt. Wer wissen will, welche widerspruchsvolle Politik die Sozialdemokratie infolge ihres an manchen Stellen utopischen Programms zu verfolgen gezwungen war — Seiten wären damit zu füllen —, der lese die Schrift von Paul Kampffmeyer über die „Wandlungen in der Theorie und Praxis der Sozialdemokratie“ (München, Verlag von G. Hirk & Co.) und die Parteitageverhandlungen von Dresden. Zu den Männern der Inkonsistenz gehören sie alle, die auf dem Boden des Programms von 1891 stehen. Selbst Vollmar erklärte 1903 in Dresden noch: „Wir dürfen nie ein Mandat den Gegnern verdanken, sonst ist das korrumpierend für die Genossen und lähmend für die Gewählten“. Und ging hin und schloß ein paar Jahre darauf einen Kompromiß mit dem Zentrum bei den Landtagswahlen. In der Berichtertattung der deutschen f.-d. Partei an den Stuttgarter internationalen Kongreß heißt es auf Seite 103: „Fünf Kreise wurden teils durch indirekte, teils durch direkte Unterstützung des Zentrums gewonnen. Wenn die Sozialdemokratie und das Zentrum sich bei den Stichwahlen unterstützen, so geschähe dies lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen.“ Sehr schön. Aber schlimmer als das Zentrum ist die Regierung auch nicht. Und wenn „Zweckmäßigkeitsgründe“ bei dem Zusammengehen mit dem Zentrum das „Prinzip“ durchlöchern konnten, so stehen über diesem puren Parteiinteresse immer noch viel höher die Arbeiterinteressen, welche auf allen Gebieten des politischen Lebens eine „zweckmäßige“ Kompromißpolitik dringend notwendig machen. Aber wenn großzügige Politik im Interesse der Arbeiter getrieben werden soll, dann kommen die „prinzipiellen“ Bedenken. So war es in der Debatte über die Vizepräsidentenfrage, so war es in allen Fragen, wo man zu wählen hatte zwischen Partei- und Arbeiterinteresse. Bebel bewies dies drastisch mit folgenden Ausführungen auf dem f.-d. Parteitag in Jena:

Eine Oppositionspartei kann, solange sie nicht die Regierung in die Hand bekommt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben. Wollt Ihr einen derartigen Einfluß haben, dann steckt Euer Programm in die Tasche, verlaßt Euren prinzipiellen Standpunkt, bekümmert Euch nur um rein praktische Dinge, und wir werden als Bundesgenossen hochwillkommen sein. Und ich sage Euch, die Besten unter uns würden dann sogar geheime Oberregierungsräte, wenn nicht noch mehr werden. Paris ist eine Messe wert und das Ziel, die Sozialdemokratie zu gewinnen, ist ein paar Ministerstühle und geheime Oberregierungsratsstühle wert. Darüber täuschen Sie sich nicht.

In diesen Worten offenbart sich die ganze Unfähigkeit der Sozialdemokratie, für eine Arbeiterpolitik im Sinne der Gewerkschaften eintreten zu können. In den Worten Bebels liegt die pure Regierungs- und Oppositionstendenz der Sozialdemokratie. Andererseits ist damit ausgedrückt, daß bei einem entsprechenden Entgegenkommen der f.-d. Partei der Regierung gegenüber auch deren Verhalten zugunsten der Arbeiter sich ändern würde. Daß ein solches Entgegenkommen die Preisgabe eines prinzipiellen Standpunktes notwendig mache, ist durch Tatsachen zu widerlegen. War eine Aufgabe des „prinzipiellen Standpunktes“ erforderlich,

als die f.-d. Wähler aufgefordert wurden, entweder für Zentrumskandidaten oder Liberale zu stimmen, als man in Bayern den Staatshaushaltetat bewilligte, in Baden die Verfassung beschwor, in Koburg-Gotha einen Herzog sich suchte, Gewehre im Reichstage bewilligte und für die dunkle Uniform und schwarze Knöpfe eintrat und — last not least — der Regierung der Kredit für den Hererofeldzug bewilligte?! Solche Gelegenheitspolitik soll in eine bewußte Politik umgewandelt werden, dann kommen wir dahin, wo eine solch große Partei stehen muß. Nach meiner Meinung wäre es freilich für die deutschen Arbeiter das Beste, das Programm von der Eroberung der politischen Macht in die Tasche zu stecken und den prinzipiellen Standpunkt des Sozialrevisionismus zu verlassen und sich um „rein praktische Dinge“ zu kümmern, als die „Scharfmacherei von unten“ zu betreiben. Hat doch sogar seinerzeit die „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben: „Die Sozialdemokratie kann zur Erreichung irgend welcher praktischer Forderungen unbedenklich mit einer andern Klasse oder Partei auf eine gewisse Strecke Wegs zusammengehen.“ Warum zu gleichem Zwecke nicht auch mit der Regierung? Keine Regierung ist jemals so reaktionär gewesen, als es einzelne Parteien sind. Gesteht doch Bebel selbst zu, daß Fürst Bülow „die größte Mühe hatte“, das preussische Herrenhaus in der Berggesetznovelle „zum Nachgeben zu bewegen“! Und jagt Bebel nicht selbst, seine „verdammte Gerechtigkeitsmeierei“ habe ihn veranlaßt, „selbst für die Regierung eine ganze Zahl zu brechen“? Und hat nicht ein liberaler Fabrikbesitzer den Konservativen gebannt mit den Worten: „Es war die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten, ein Quos ego („Euch werd' ich . . .“) zugerufen wurde“? Mag man hundertmal sagen, die Regierung sei der „Verwaltungsausschuß der herrschenden Gesellschaft“, so ist das doch nicht in dem Maße der Fall, daß bei einer vernunftgemäßen Unterstützung der Regierung durch die Arbeiter nicht weit höhere Forderungen derselben gestellt werden könnten, als dies heute der Fall ist. Die Sozialdemokratie fürchtet sich aber heute noch davor, wünschenswerte Kompromisse einzugehen, peitscht die noch sozial denkenden Schichten des Bürgertums in das Lager der Scharfmacher — und aus einer selbst durch jahrelange Unterlassungen mit verschuldeten Situation schöpft man dann neue „revolutionäre Kraft“. Dabei leben wir doch nicht mehr in den Zeiten, wo nicht nur der Sozialdemokrat, sondern auch der Gewerkschaftler als Petroleur oder Dynamitad bewertet und bekämpft wurde. Die gesamte Arbeiterbewegung wird heute auch vom Bürgertum objektiver beurteilt als vor einem Vierteljahrhundert. Mehr als 2000 f.-d. Vertreter sitzen heute in den Vertretungskörpern des Staates und der Gemeinde, die soziale Gesetzgebung wird trotz aller Scharfmacher von innen heraus vorwärts getrieben, mit Gewerkschaftshäusern und Parteiunternehmungen richtet man sich häuslich im Gegenwartsstaat ein; aber all diesen veränderten Verhältnissen in der Taktik und Politik der Sozialdemokratie Rechnung tragen, dazu ist man unfähig, man wagt es nicht, eine veranante Situation preiszugeben. Man hat den Massen zuviel versprochen und kann nicht wieder zurück. Es bleibt eben so, wie es bisher war: Um keinen Preis darf von Radikalismus der Theorie ein Titelchen preisgegeben werden; man verweigert auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung die Mitarbeit, man will keine Konzessionen machen und keine Kompromisse eingehen, und ist nun glücklich dahin gelangt, daß man im Reichstage, wie selbst f.-d. Reichstagsabgeordnete zugestehen, an die Wand gequetscht ist. Ich kann daher nur mit starker Unterstreichung wiederholen, was ich unmittelbar nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß im „Korr.“ schrieb:

Heute vereinigt die Sozialdemokratie über drei Millionen Stimmen auf sich und sie hat im Reichstage 78 Vertreter. Man sollte nun denken, eine solche Macht müßte sich einen Einfluß auf die politische Gestaltung der Dinge in Deutschland zu sichern verstanden, eine Politik eingeschla-

gen haben, die es einer Regierung unmöglich macht, eine so große Partei als Luft zu behandeln. Wie man selbst in den hartkürzigsten Unternehmerrreisen nicht länger die Gewerkschaftsbewegung ignorieren konnte, so müßte dies auch in der Gesetzgebung der Fall sein, wenn nicht die Sozialdemokratie sich auf den Standpunkt stellen würde: „jedes Entgegenkommen an die bestehende Ordnung der Dinge abzulehnen.“ Man mag einwenden, mit dem von uns als notwendig erachteten Entgegenkommen würde die Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter verlieren und aktionsunfähig werden. Zugegeben, daß dieser sozialrevolutionäre Charakter dabei zu kurz käme, aber die Aktionsfähigkeit der Partei würde für eine positive Politik gesteigert und ein tatsächlicher, nicht bloß ein agitatorischer Einfluß auf die Reichspolitik gewonnen werden. Es ging wie ein Ausschrei durch die Kongreßverhandlungen: Schafft uns einen Boden, auf dem wir arbeiten können, verurteilt uns nicht zum stummen Gehoramt gegenüber Unmöglichkeiten, helft uns, es geht so nicht weiter! Nicht um eine Feindseligkeit gegen die Partei, nicht, wie die „Leipziger Volkszeitung“ jagt, um „einen Anlauf gegen die politische Organisation der Arbeiterklasse“ handelte es sich bei den Fragen Maisier und Generalstreik in Köln, sondern um den Kampf für die Anerkennung realer Tatsachen. . . . Darum handelt es sich jetzt, daß man in der Partei Einkehr hält, um ihre bedeutungsvolle politische Macht auch praktisch wirksam zu machen. Mit dem Mystizismus des politischen Massenstreiks verhält man doch nur eine unfähige Politik des jakobinischen Systems, das einst die agitatorische Kraft der Sozialdemokratie entwickeln half, aber untauglich ist zu politischem Schaffen, zu wirklich politischer Macht im Sinne positiver und dauernder Erfolge.

Dabei bleibe ich heute noch. Gemäß der heutigen Stellung der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung muß das Gewicht nicht auf eine Resolutionsfabrikation, sondern auf eine wirkliche Klärung der Sachlage gelegt und eine zweifelsfreie Stellung eingenommen werden. Die Gewerkschaften haben immer auf dem Boden einer evolutionistischen Tätigkeit gestanden, und wer in der Alltagsarbeit einen reformerischen Standpunkt einnimmt, muß dies auch in der Politik tun, in der Behandlung aller andern die Arbeiterschaft und das Volk angehenden Lebensfragen. Läßt sich die Partei immer weiter und weiter in ihrem das wirkliche Leben betreffenden sozialrevolutionären Haus verstecken, kann die f.-d. Partei sich gut einer Kompromißpolitik, die so notwendig für die Arbeiter wie das tägliche Brot ist, nicht verschließen, wird da bei einem fernern Wachstum der Gewerkschaften und ihrer sich dadurch steigenden Verantwortlichkeit nicht einmal der Gedanke herausbeschoren, daß um der sozialen Existenz der Arbeiterschaft willen deren politische Interessenvertretung in die führenden Hände der Gewerkschaften überzugehen hat? Habe ich wirklich so rückständig gedacht, als ich diese Möglichkeit in meinem so scharf verurteilten Artikel „Die Probe aufs Exempel“ andeutete?

Die Gewerkschaften verfolgen bekanntlich auf dem Wirtschaftsgebiete seit Jahren eine Verständigungs- und Kompromißpolitik und können unmöglich als Parteipolitiker in: das pure Gegenteil umschlagen, ohne mit sich selbst in unheilvollsten Widerspruch zu geraten. Nach meinem Verständnis kann man nur um- und fortbilden, aber nicht revolutionär verneinend Arbeiterinteressen vertreten. Siegen aber die Verhältnisse bei der politischen Partei anders als bei den Gewerkschaften? Gibt es für die f.-d. Partei eine andre Menschheit, andre Verhältnisse, eine andre Entwicklung? Kommen die Machtfaktoren der Gesellschaft für die f.-d. Partei anders zur Geltung als gegenüber den Gewerkschaften? Wenn wir uns da mit gegebenen Umständen abfinden und doch dabei die Arbeiterschaft vorwärts bringen, kann auf dem Boden einer ähnlichen Taktik die Sozialdemokratie nicht die Erfolge der Gewerkschaften vermehren helfen? Bis jetzt ist es aber leider immer so gewesen, daß die Gewerkschaften, ohne selbst mitbestimmen zu können, alle die schädigenden Folgen auf sich nehmen mußten, die ein ungezügelter, kurzfristiger, reaktionärer Radikalismus über die Gewerkschaften heraufbeschwor. Die Letztern haben immer den Gegendruck abzuhalten, der in gesteigert, verschärfter Form durch den Revolutionarismus der f.-d. Partei die natürliche Antwort ist. Er ist der ganzen Entwicklung der Dinge gegenüber gar nicht einmal am Platze. In Jena war es so gut wie

ausgemacht, daß den Arbeitern das Wahlrecht genommen wird, deshalb auch die blutige Revolutionsdebatte; in Essen auf dem 1.-d. Parteitag aber erklärte Bebel in größter Gemütsruhe: „Wir bekommen also möglicherweise in Deutschland viel eher das Frauenstimmrecht, als daß das Männerstimmrecht uns genommen wird.“ Da könnte man ja aus der Haut fahren ob solcher politischer Konsequenz und solch politischer Einsicht — von Jena bis Essen! Deshalb will man wohl seinen „prinzipiellen Standpunkt“ nicht aufgeben. Im übrigen soll die Sozialdemokratie sich bewußt sein, daß die Wahlsiffern recht wenig besagen wollen, wenn man ihnen seine praktische Politik nicht anpaßt. Sonst kann es unter Umständen einmal heißen: „Wie gewonnen, so zerronnen!“ In der zivilisierten Welt sind noch nicht einmal sieben Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben, so daß die deutsche 1.-d. Partei mit ihren rund drei Millionen Stimmen eigentlich in der internationalen Arbeiterbewegung auch isoliert steht. Ein Blick nach Frankreich, Italien, England, Amerika lehrt uns, daß die Hoffnungen der Sozialdemokratie noch sehr weit zurückzuschrauben sind und dafür mehr Gewicht auf positive Arbeit gelegt werden muß. Kritik ist eine schöne Sache, wenn sie sich in vernünftigen Grenzen hält, die Arbeit aber, auch in der Arbeiterbewegung, „ist die Quelle aller Kultur“!

Ich müßte mein Denken, meine Erfahrungen, meine Erkenntnis, meine Überzeugung, alle Logik prostituierten, wenn ich nicht den Mut hätte, zu sagen, daß das Schwergewicht der deutschen Arbeiterbewegung bei den Gewerkschaften liegt. Sie werden heute sowohl wie in alle Zukunft für die Arbeiter schaffen, was im Rahmen der Kultur und was unter Menschen überhaupt zu schaffen möglich ist. Alle großen Fragen des Wirtschaftslebens werden in einer absehbaren Zukunft nur durch machtvolle wirtschaftliche Vereinigungen entschieden werden können, und hinzukommt, daß die nationale Wirtschaftspolitik, ja, ~~ihre~~ der Sozialismus, nicht von parteipolitischen Dogmen, sondern nur von den aufwärtsstrebenden, einmal die nationale Macht der Völker repräsentierenden wirtschaftlichen Organisationen ausgehen kann. Aber nur eine starke, unabhängige und selbstbewußte Gewerkschaftsbewegung wird jene Macht entfalten können. Diese Macht ist abhängig von der Erziehung, der Bildung und den Werten eigener Kraft auf dem Wirtschaftsgebiete, abhängig von dem Maße des Verständnisses, durch die gewerkschaftliche Organisation für das Unternehmertum ein erster und erster rechnerischer Faktor zu sein. Arbeiter, die im Wirtschaftsleben als Organisation kein Dach über dem Kopfe haben, wohnen auch politisch unter freiem Himmel. Deshalb muß man verstehen lernen, daß die Empörung, die Entrüstung, die Wünsche und Forderungen, ein möglichst radikales Auftreten der Arbeiterschaft noch gar nichts nützen, so „revolutionär“ es nach außen auch aussehen mag. Nur, was die Arbeiter an tatsächlicher Macht besitzen, wird anerkannt, weiter nichts. Und muß diese Macht in erster Linie auf dem Wirtschaftsgebiete errungen werden, so muß mit dem gerechnet werden, was ist. Da hier nun die praktische Tätigkeit zu vergleichen, Verträgen, Kompromissen drängt, und da das Leben lehrt, daß alles menschliche Zusammenleben, daß das Bestehen des einen neben dem andern, daß die Wahrung des Rechtes jedes einzelnen heute noch und auf Jahrzehnte hinaus nur auf dem Vertragswege möglich ist, daß alle dauernde Verbesserung der heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nur in einem langen Entwicklungsgange heranreifen wird, müssen die Arbeiter in all ihrer Tätigkeit auf dem Boden der Evolution stehen. Im Sinne dieser Tendenz plädiere ich seit Jahren für ein einheitliches Arbeiterprogramm auf allen maßgebenden Gebieten.

Kommen wir zum Schluß. Ich glaube, daß nach der knappen Form, wie ich diese Sache hier im „Korr.“ zu behandeln gezwungen war, kaum etwas Wesentliches noch hinzuzufügen wäre. Den springenden Punkt will ich aber noch einmal mit

aller Schärfe in den Vordergrund stellen, nämlich, daß uns in der Arbeiterbewegung eine Einheitlichkeit dringend not tut. Nach der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung wäre es das Zweckmäßigste, wenn Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Theorie und Praxis ineinander aufgehen könnten. Das ist aber unmöglich, wie uns die wechselvolle, sprunghafte, meist von Leidenschaft beherrschte Politik der Sozialdemokratie im Gegensatz zu dem ruhigen Arbeiten, dem schriftlichen Emporstreben der Gewerkschaften beweist. Während diese im bunten und Durcheinander der Zeit sich zurechtzufinden versuchen, gibt sich die Sozialdemokratie damit nicht ab, sie strebt höheren Zielen zu: einem Leben nach dem Tode! Sie will künftigen Generationen den Himmel auf Erden schaffen, betrachtet es aber als eine Profanierung ihrer Grundsätze, im Gegenwartsstaate zur Miete zu wohnen, weil sie im Zukunftsstaat ein eignes Haus zu besitzen erhofft.

Aber diese gewünschte Einheitlichkeit herbeizuführen liegt nicht an den Gewerkschaften, sondern an der Sozialdemokratie. Nach meinem Verständnis kann die Sozialdemokratie diese Einheitlichkeit in der Arbeiterbewegung herstellen durch eine der Gewerkschaftsarbeit angepasste Politik nach innen und außen. Für den Gewerkschaftler muß nun einmal die reine Arbeiterpolitik das Zunächstliegende sein, und zwar in Übereinstimmung mit seiner Tätigkeit auf dem Wirtschaftsgebiete. Kann man sich gemäß der Entwicklung in den Gewerkschaften nicht dazu bequemen, dann trägt man dazu bei, daß schließlich die Gewerkschaften unter eigener Verantwortung und nach eigenem Willen ihre politischen Geschicke lenken. Selbstverständlich ist noch auf lange Zeit hinaus an eine sichtbare Veränderung des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht zu denken. Es wäre mehr als kurzfristig, wollte einer meiner Leser glauben, es könne nun hipp hipp hurrah! in eine von den Gewerkschaften betriebene Politik hineingehen. Eine solche Propaganda ist auch nicht der Zweck meiner Arbeit gewesen, vielmehr wollte ich bei einer theoretischen Untersuchung der Lage in der Arbeiterbewegung nur zeigen, welche Entwicklung die Dinge in der Gewerkschaftsbewegung nehmen müssen, wenn sich die Sozialdemokratie in ihrem trotzigem Anstrumpfen, daß sie die Welt und die Kultur sei, nicht befehlen lassen will. Ich bin überzeugt, daß die Sozialdemokratie über kurz oder lang doch zu einer praktischen Anerkennung dessen gezwungen wird, was ist, oder sie geht als Partei zugrunde. Die Sozialdemokratie steht jetzt am Scheidewege. Denkt sie ein und sieht sie ein, daß sie „aus dem Turme heraus“ muß, daß sie nichts zu opfern braucht als Unmöglichkeiten, dann wird sie die innerste Überzeugung und die tatkräftigste Mitarbeit aller Gewerkschaftler für sich haben. Dann würde sich zwar auch die Sozialdemokratie mit gegebenen Verhältnissen abfinden müssen, aber eine gewisse krankhafte Überzeugung, die Zwistigkeiten zwischen Gewerkschaften und Partei, der Streit um Phantome würde aufhören. Dann würde auch in der Neutralitätsfrage eine glückliche Lösung gefunden werden, dann wären Partei und Gewerkschaften tatsächlich eins, nicht bloß mittels papierner Resolutionen, sondern in der gemeinsamen Arbeit für erreichbare Ziele; dann würde kein Teil seine Ziele weitersteden, als er sie überschauen, beherrschen und teilweise verwirklichen kann. Wie die Gewerkschaften müßte auch die Sozialdemokratie sich jederzeit veränderten Verhältnissen in Staat und Gesellschaft anpassen. Beharrt aber die Sozialdemokratie auf dem Boden des ersten Teiles ihres Programms, ändert sich in ihrer Taktik nichts, wird auch in der Zukunft der „fossile, versteinerte Professor“ der Interpret des 1.-d. Parteiprogramms bleiben, trägt sie weiter dazu bei, daß Dinge sich wiederholen müssen wie 1905 in Köln und Jena, wie 1906 in Berlin, dann wird, dieser Überzeugung lebe ich, auch jeder 1.-d. Partei gesehen, was alle Parteien in der Geschichte, die ihre Zeit nicht begriffen, aus dem Gleise warf, nämlich, daß sie an innerer Zerfetzung zu Grunde

gingen. Dann wird sich an dieser großen und zu Großem berufen gewesenen Partei das Schillerische Wort erfüllen, das wie eine prophetische Mahnung im Sitzungszimmer der 1.-d. Reichstagsfraktion geschrieben steht: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“ Für uns Buchdrucker aber weiß ich keine bessere Anfeuerung, auszuharren in unserer oft so viel verkannten und so vielgeschmähten Arbeit, als das Wort des sozialdemokratischen Gerbergesellen und Philosophen Joseph Dietgen:

Güten wir uns vor der idealistischen Gerechtigkeit; sie ist ein metaphysischer Schemen (ein überflüssiges, wesenloses Schattenbild. Red.), der neuzeitlich vielfach noch einen Schatten in unsre „Zukunft“ fallen läßt. Betrachten wir die gegebene Bourgeoiswelt, so ist die Gerechtigkeit zu loben wegen ihrer Gerechtigkeit. Aber diese Gerechtigkeit ist hoch benjagenen vorzuziehen, welche vorher die Ritter den Leibeigenen und die Klöster den Bauern angetan. Jemand gerecht werden, heißt ihn befriedigen; damit man aber ihm gerecht werden kann, darf er nur das Mögliche und Schickliche verlangen. Die Arbeiterklasse will ihr ganzes Recht, kein Stück — aber sie will es doch nur, soweit es schicklich, d. h. möglich ist. Denn das ganze Recht ist eben unmöglich, weil es eine historische, eine künftige weitere und weitere Angelegenheit der geschichtlichen Entwicklung ist. Die Gerechtigkeit wächst mit der Kultur, aber so wenig daran zu denken ist, die Kultur par decret einzuführen, so wenig läßt sich die Gerechtigkeit an einem bestimmten Revolutionsstag aufteilen! Wir können sie nur kultivieren, nur peu à peu — nach und nach — erarbeiten.

Zur Richtigstellung.

In die unliebsamen Erörterungen, welche sich im „Korr.“ zwischen den Zentralkommissionen der Sparten und dem Verbandsvorstand abspielten, ist auch die der Schriftgießer wider Willen hineingezogen worden. Um nun irrtümlichen Kombinationen über unsre Stellung in der Angelegenheit in den Kreisen der Kollegenchaft vorzubeugen, sehen wir uns veranlaßt, folgendes zu erklären:

In der Erwiderung der Zentralkommissionen der verschiedenen Sparten in Nr. 27 des „Korr.“ wird gesagt, daß auch die Schriftgießer die Entriistung über die Verhandlungsweise der Spartenvertretungen seitens des Verbandsvorstandes teilen. Demgegenüber sei hier richtig gestellt, daß wir uns an den Verhandlungen der Zentralkommissionen beteiligten, ohne vorher von dem Zwecke derselben Kenntnis gehabt zu haben. Wir mußten uns jedoch halb überzeugen, daß der Gegenstand der Besprechung die Interessen der Schriftgießer nur insofern berührte, als uns versichert wurde, seitens des Verbandsvorstandes werde eine Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Sparten beabsichtigt. Dagegen sprachen auch wir uns aus und unterstützten demzufolge die zur Kölner Generalversammlung gestellten Anträge.

Unterzeichnet hat jedoch die Überzeugung gewonnen, daß die gegen den Verbandsvorstand erhobene Beschuldigung bezüglich Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Sparten unberechtigt war, sowie man sich des Eindruckes nicht verschließen konnte, daß die Entriistungsbewegung der Bewegungsfreiheit entbehrt. Aus diesem Grunde lehnten wir auch die Unterschrift zur ersten Erklärung der Zentralkommissionen ab.

Die Zentralkommission der Schriftgießer.
G. F. Ischmann, Vorsitzender.

Korrespondenzen.

St. **Muc** i. **Erzgeb.** Am 29. Februar hielt die hiesige Mitgliederschaft ihre erste diesjährige Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte die Geschiedenen in herzlicher Weise. In dieser Versammlung beschloß man sich in der Hauptsache mit dem Punkt: „Abhaltung des Gautages vor der Generalversammlung.“ Man war allgemein der Ansicht, daß die Abhaltung des Gautages vor der Generalversammlung zweckdienlicher sei.

Berlin. (Vereinsversammlung vom 4. März.) Die Beratung der zur Generalversammlung des Verbandes gestellten Anträge wurde in dieser Vereinsversammlung fortgesetzt und zu Ende geführt. Zu den Beschlüssen des Verbandsvorstandes über die zu gewährenden Unterstützungen lagen vom Gauvorstande die folgenden Anträge vor: 1. Zufüge zu § 3 Abs. 3 und § 4 Abs. 1: „Arbeitslose Mitglieder, die diesen Bestimmungen nicht nachkommen, haben weder Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung noch Umzugskosten. Die Gau- oder Bezirksvorstände sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß arbeitslose Mitglieder sich auf den Arbeitsnachweiser eintragen lassen und die Bestimmungen befolgen, die dafür vorhanden sind. Die am Orte eines Arbeitsnachweises tätigen Verbandsfunktionäre haben sich wöchentlich mit der Arbeitsvermittlungsstelle in Verbindung zu setzen, um Unregelmäßigkeiten einzelner Mitglieder zu kontrollieren oder bei etwaigen vorfindenden Beschwerden derselben Abhilfe zu schaffen.“ 2. Statt § 5 Abs. 2 folgendes zu setzen: „Werden Gesellen von den Arbeitsnachweisern nach außerhalb verlangt, so sind in

erster Reihe die an den Ort nicht gebundenen, unverheirateten Mitglieder verpflichtet, Position anzunehmen. Kommt ein Mitglied diesen Anordnungen nicht nach, so vermisst es nicht allein seine weitem Rechte auf dem Arbeitsnachweise, sondern auch eventuell seine Arbeitslosenunterstützung." § 7 soll wie folgt lauten: „Im Falle ein als arbeitslos unterstütztes Mitglied durch Krankheit usw. arbeitsunfähig wird, fällt die Ortsunterstützung für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit weg. Beim nachherigen Weiterbezug von Ortsunterstützung hört die Bezugsberechtigung in dieser, falls nicht gemäß § 1 schon eher die Aussteuerung erfolgt, spätestens nach zusammen 52 Wochen auf und tritt erst wieder nach 26 Beiträgen ein. In der Krankenunterstützung ausgesteuerte Mitglieder haben erst dann wieder einen Anspruch auf Unterstützung, wenn sie den Nachweis der Arbeitsfähigkeit erbringen und von neuem 26 Beiträge geleistet haben. Mitglieder, die einen genügenden Nachweis der Arbeitsfähigkeit nicht erbringen können, dennoch aber wieder in Arbeit treten, können durch Leistung eines geringeren Beitrags unter Ausschluss von der Kranken- und Invalidenunterstützung sich erneuten Anspruch auf Ortsunterstützung erwerben, und zwar sind sie nach 26 Beiträgen zu letzterer wieder bezugsberechtigt.“ Zur Begründung der beiden ersten Urträge wurde ausgeführt, daß es notwendig sei, strengere Vorschriften zu schaffen, weil sehr viele konditionslose Kollegen sich nicht in dem Arbeitsnachweis ihres Bezirks eintragen lassen, sondern sofort nach der Großstadt und speziell nach Berlin gehen, aber auch nicht die Zustimmung des hiesigen Gewerkschaftsverbandes vorher einholen. Dadurch werde der Berliner Arbeitsmarkt ungeheuer belastet, so daß selbst in der jetzigen, für uns besten Geschäftszeit stets Hunderte von Arbeitslosen vorhanden sind, während dieselben in Provinzorten Arbeitskräfte fehlen; trotzdem aber wolle kein Kollege nach außerhalb gehen. Da dies nicht nur in Rücksicht auf unsere Klassen ein unhaltbarer Zustand sei, sondern weil doch auch eine bessere Regelung der Arbeitsvermittlung im Hinblick auf die künftige nach dem Stande der Arbeitslosenreicher erfolgende Festlegung der Lehrlingskassa erforderlich sei, so müßten Bestimmungen getroffen werden, die hier Wandel schaffen. Gegen den Antrag zum § 5 wurde in der Diskussion geltend gemacht, daß seine Handhabung zu Härten führen würde, weil den einzelnen Kollegen vielerlei Umstände zum Verbleiben am Orte veranlassen können, die von andern nicht gewürdigt werden; jedenfalls aber wäre es ungerecht, nur die unverheirateten Kollegen zur Konditionsannahme nach außerhalb zu verpflichten. Unter Streichung des Wortes „unverheirateten“ sowie nach Einschaltung des Satzes: „Hierbei müssen zunächst diejenigen konditionslosen Mitglieder herangezogen werden, die noch nicht 52 Wochen am Orte sind“, gelangten die beiden ersten Urträge zur Annahme. Ebenso wurde der dritte Antrag zum § 7 angenommen, der gegenüber den jetzigen Bestimmungen insofern ein gleiches Recht schaffen soll, als beim fortlaufenden Bezuge von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung die Aussteuerung spätestens nach zusammen 52 Wochen erfolgen soll. Während nämlich jetzt nach einem Vorstandsbeschlusse bereits nach dem Bezuge von 40 Wochen Krankenunterstützung der Nachweis der Arbeitsfähigkeit zu erbringen ist, von dem sogar die weitere Beitragsannahme abhängt, ist andererseits bei geringerer Krankheitsdauer der fortlaufende Bezug von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung bis zu 70 und 80 Wochen ohne Beanstandung der weitem Mitgliedschaft möglich. Der letzte Satz des Antrages soll Mitgliedern, die, vielleicht wegen eines chronischen Leidens, einen genügenden Nachweis der Arbeitsfähigkeit nicht erbringen können, wenigstens die Möglichkeit bieten, sich einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erwerben. Ein von mehreren Kollegen gestellter Antrag, „die Berechnungsquote für die Unterstützung der dauernd Erwerbsunfähigen auf 30 Pfg. pro Woche und Mitglied festzusetzen eventl. den Verbandsbeitrag um 10 Pfg. pro Woche zu erhöhen“, wurde in längeren Ausführungen unter Anführung eines reichhaltigen Ziffermaterials damit begründet, daß die Leistungen des Verbandes für diese Unterstützungen sich von Jahr zu Jahr vergrößern und in keinem Verhältnisse zu den Einnahmen stehen, je mehr die Mitgliederzahl dem sogenannten Beharrungsstande sich nähert. Die Diskussionsredner vertraten indes die Meinung, daß der Verbandsvorstand jedenfalls selbst mit Vorschlägen kommen würde, wenn die Kassengebarung Maßnahmen zur Durchführung der Invalidenunterstützung notwendig erscheinen ließe. Die Versammlung lehnte dann auch den Antrag ab. Zwei andre Urträge betrafen die Tariffinstitutionen; der erste davon lautet: „Der Verbandsvorstand wird beauftragt, Schritte zu unternehmen dahingehend, daß die Konstituierung des Tarifamtes gleich den übrigen tariflichen Institutionen: Tarifauschuß, Schieds- und Ehrengerichte durch Urwahl erfolgt, und zwar am Orte des Tarifauschusses, sich vollzieht.“ Begründend wurde hierzu ausgeführt, daß bei dem weitgehenden Einflusse, den das Tarifamt auf die vitalsten Interessen unserer Organisation ausübt, es unbedingt notwendig sei, der Gehilfenchaft das Recht zur Mitbestimmung über die Zusammensetzung des Tarifamtes einzuräumen, indem dessen Mitglieder nicht mehr nur ernannt bzw. beim Ausscheiden von Mitgliedern vom Tarifamte selbst kooptiert, sondern durch Urwahl gewählt werden. Angesichts der einschneidenden Bedeutung der Tarifamtsbeschlüsse, von denen manche zum Schaden der Gehilfen ausfallen, müßten diese das Recht haben, wenn nötig den Gehilfenmitgliedern zu sagen, daß sie mit deren Tätigkeit unzufrieden seien und andre Vertreter wünschen; es dürfte nicht vorkommen, daß, wie

gesehen, ein Tarifamtsmitglied bei der Besprechung eines Tarifamtsbeschlusses in einer Versammlung mit Recht sagen konnte: „Was wollen Sie, Sie haben mich doch nicht gewählt!“ Die manchmal unverständlichen Entschlüsse in speziellen Fragen erwiesen aber auch die Notwendigkeit einer Erweiterung des Tarifamtes, damit die einzelnen Spezialberufe stets hinreichend vertreten sein können. Die Zahl der Tarifamtsmitglieder stehe überhaupt mit der weittragenden Bedeutung ihrer Beschlüsse in keinem Verhältnisse, denn nur sechs Personen lassen die Tarifamtsbeschlüsse, während beim Tarifauschusse mehr als 30 Personen beschließende Stimme haben. Dem wurde in der Debatte entgegengehalten, daß nicht nur drei, sondern mit Stellvertretern und Organisationsvertretern meistens acht Gehilfen in den Tarifamtsinstitutionen anwesend seien und mitberaten, wenn auch nur drei an der Abstimmung teilnehmen. Der die Urwahl der Tarifamtsmitglieder verlangende Antrag habe wohl einen berechtigten Kern, jedoch würde durch eine andre Zusammensetzung nichts in bezug auf die Beschlußfassungen geändert werden. Die Versammlung akzeptierte den Antrag und ebenso auch den folgenden: „Der Verbandsvorstand möge dahin wirken, daß bei den Tarifberatungen in den Pensionierungen sowie auch bei den Tarifamtsinstitutionen bis zur Fertigstellung des Kommentars ein Stenograph mit anwesend ist. Die Unkosten für diesen müssen von Seiten der Prinzipale und Gehilfen zu gleichen Teilen getragen werden.“ Der Antragsteller hatte darauf hingewiesen, daß sich die Teilnehmer an den Tarifberatungen sowie an den Kommentierungen mehrfach selbst nicht darüber einig waren, was beschlossen worden ist, daß aber die Wichtigkeit aller dieser Beschlüsse die Vermeidung aller Irrtümer erheische. Des weitem wurde nach Begründung durch den Vorsitzenden der Zentralkommission der Maschinenfeger deren Antrag angenommen: „Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit den Buchdruckerverbänden in den Ländern, in denen die in Frage kommenden Segmaschinenfabriken ihr Absatzgebiet haben, in Verbindung zu treten bezugs Anbahnung von Verhandlungen zur Regelung der Instrukturfuge.“ Ferner war auch wieder der altbekannte Antrag gestellt: „Den bisherigen Sitz der Redaktion des „Korrespondent“ in Unbracht der gewerkschaftlichen Bedeutung Berlins und in Übereinstimmung mit dem Verbandsstatute von Leipzig nach Berlin zu verlegen.“ Wenn auch der Antrag des öfters gestellt und abgelehnt worden sei und man ihn gewissermaßen als alten Lehnjüter bezeichnen könne — wurde zur Begründung in der Diskussion hierzu ausgeführt —, so sprächen für den Antrag doch, wie auch Kollege Hildenbrand auf der Dresdener Generalversammlung treffend dargelegt habe, so gewichtige Gründe, daß seine erneute Stellung selbst auf die Gefahr der abermaligen Ablehnung erfolgen müsse. Der Antrag wurde auch einstimmig angenommen. Der letzte der eingereichten Urträge lautete: „§ 3 des Verbandsstatutes ist dahin zu erweitern, daß es heißt: „Nach Leistung von 150 Wochenbeiträgen steht jedem Kollegen das Recht zu, freiwillig acht Tage auszusetzen unter Bezug des ihm von Verband und Verein zustehenden ortsüblichen Unterstützungsatzes.“ Von dem Antragsteller wurde insbesondere auf den hohen Vermögensstand des Verbandes hingewiesen, der es gestatte, sozusagen eine Verbandsferienkasse zu schaffen; die Kollegen hätten dann auch nicht nötig, bei den Prinzipalen um Ferien nachzufuchen, und letztere könnten nicht schließlich eine Arbeitszeitverlängerung mit dem Hinweis auf die Ferienverweigerung ablehnen. Demgegenüber wurde betont, daß der Antrag geradezu undurchführbar sei und nur schädliche Wirkungen haben könne; die Prinzipale, die heute schon ihrem Personale Ferien gewähren, würden dann wieder davon zurückkommen. Mit großer Mehrheit erfuhr der Antrag Ablehnung. — Im letzten Versammlungsbericht in Nr. 28 des „Korr.“ ist dem Schriftführer insofern ein Irrtum unterlaufen, als dort der Antrag zum § 15 des Verbandsstatutes, betreffend die Wahl des Vorsitzenden, Hauptverwalters, Kassierers und „Korr.“-Redakteurs, mittels Stimmgeld durch Urabstimmung als „angenommen“ verzeichnet ist, während er in Wirklichkeit von der Versammlung abgelehnt wurde.

H. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfegerverein.) In der am 1. März abgehaltenen Versammlung, zu der Vertreter des Gewerkschaftsverbandes und fast alle auswärtigen Mitglieder erschienen waren, gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes Hugo Saut sowie des ebenfalls zur großen Arme abberufenen, um den Verband verdienten Gewerkschafters Rosenlehn, deren Verdienste die Versammlung durch Erheben von den Sigen ehrte. Als Kandidaten zur Generalversammlung in Köln sollen dem Berliner Gau die Kollegen Braun und Muffial empfohlen werden. Betreffs der Stellung des Zentralvorstandes zu den Zentralkommissionen der Sparten machte Kollege Muffial einige Ausführungen, an denen er die Haltung der Zentralkommissionen rechtfertigte; auch Kollege Holz stellte einige Irrtümer in der Erklärung des Zentralvorstandes richtig. Kollege Braun war der Ansicht, daß es sich bei diesem bedauerlichen Vorkommnisse zum großen Teil um Mißverständnisse handle und wünschte, daß eine objektive und ruhige Behandlung der Frage in Köln zur Zufriedenheit beider Teile endigen werde, gleichzeitig im Interesse der Allgemeinheit. Nachdem einige Ergänzungsbestimmungen zum Statute betreffs der Aufnahme neuer Mitglieder sowie der Fernenden in den Fabriken (dieselben sollen nur Mitglieder werden, wenn sie Kondition haben) angenommen waren, hielt Kollege Clafer ein Referat über: „Die gegenwärtigen Verhältnisse in den Segmaschinenbetrieben Deutschlands.“ Da das Material des Vortragenden

später veröffentlicht werden soll, seien hier nur die markantesten Punkte herorgehoben. Die Statistik vom Oktober 1907, von der Zentralkommission aufgenommen, ergab die Zahl von 1050 Firmen mit 1021 Zeilengießmaschinen und 55 Typengießmaschinen. Von 982 Firmen — 93 Proz. waren die Fragebogen zurückzuerhalten. In keinem Zeiträume hat die Einführung der Segmaschinen solchen Umfang genommen, wie von 1905—1907. 1898 wurden 114 Zeilengießmaschinen gezählt; diese Zahl stieg bis 1901 auf 560, in 1903 auf 1026, in 1905 auf 1361 und bei der letzten Rundfrage auf 1972 Zeilengießmaschinen. Im Jahre 1905 wurden ermittelt 83 Monotypereferierapparate und 25 Monotypgießmaschinen, deren Zahl sich von 1905—1907 auf 178 resp. 106 erhöhte. Die Maschineneinnahme seit 1905 betrug: 255 Linotypes, 192 Typographen, 164 Monolines, 140 Monotypsetzer, 81 Monotypgießmaschinen. Mit der Vermehrung der Maschinen stieg auch die Zahl der daran Beschäftigten; die ständig an der Maschine tätigen Seher vermehrten sich von 1894 im Jahre 1905 auf 2891 in 1907, die zeitweise Beschäftigten von 193 auf 283. Das Organisationsverhältnis dieser Seher ist folgendes: 2755 Verbandsmitglieder, 137 Gutenberghändler, 282 Wilde. 17 Prinzipale bedienen ihre Maschinen selbst; Damen wurden 7, darunter zwei Prinzipalschöcher, beschäftigt (1905: 8; Lehrlinge 39, gegen 12 in 1905; Refererseher, die zurzeit im Handsatz stehen, 101 (davon 70 Verbandsmitglieder), gegen 94 in 1905; Mechaniker 8, gegen 13 in 1905. Der Spezialorganisation gehören 2125 Kollegen an; gegen 1248 im Jahre 1905; nicht zur Sparte zählen 635, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich etwa 150 davon im Lehrverhältnisse befinden, also später der Sparte beitreten werden. Ist das Zugehörigkeitsverhältnis zum Verbandsverband an allen Systemen tätigen Kollegen ungefähr das gleiche, so kann in bezug auf die Sparten dies leider nicht gesagt werden. Typograph-, Monoline- und Monotypseher bleiben hinter den Linotypsehern zurück. Die Zahl der Maschinenfegervereine stieg von 26 im Jahre 1905 auf 33 in 1907. Betreffs der Arbeitszeit ergab sich, daß 2193 Kollegen im Zeitungsbetriebe, 698 im Werbetriebe tätig sind. (Die bezugsfähige Tabelle wird später veröffentlicht.) Recht bemerkenswert und auch sehr erfreulich ist die Feststellung, daß in fast allen Werbetrieben bei Doppelschicht acht Stunden gearbeitet wird. In 208 Betrieben liegt die Pause innerhalb der durchgehenden Arbeitszeit, während in 49 Betrieben effektiv acht Stunden gearbeitet wird. Die halbtägige Verfürzung am Nachtag ist 595 Kollegen in 257 Betrieben mit achtstündiger Arbeitszeit zugestanden, 62 Kollegen in 16 Betrieben wurde die Vergünstigung wieder entzogen. Interessant ist die Feststellung der Arbeitszeiten. In 544 Betrieben bestand nur eine Arbeitszeit, durch den Schichtwechsel verursacht in 315: 2, 111: 3, 123: 4, 6: 5, 1: 6 und in einem Betriebe sogar sieben Arbeitszeiten. Der Arbeitsbeginn ist: früh 4 Uhr, 5¹/₂, 6, usw.; die Nachmittagschichten dehnen sich bis 4 Uhr früh aus. Außerhalb der achtstündigen Arbeitszeit wird in nur sieben Betrieben gegen Überstundenentschädigung gepugt. Entlohnt wurden zum Minimum und darüber 2496 Kollegen, unter Minimum 109; es berechneten 27, monatliches Gehalt erhielten 15, im Lehrverhältnisse standen 107 Kollegen. Von den 14 Betrieben mit 27 Kollegen stellten nach dem 15. Oktober zwei Betriebe mit fünf Kollegen das Berechnen wieder ein. Betreffs der Leistungsangabe sei erwähnenswert, daß eine große Anzahl von Werbetrieben die Frage nicht beantworten konnte, weil es in Werbetrieben bei dem oftmaligen Format-, Schrift- und Regelwechsel nicht möglich ist, eine Leistung festzusetzen. Im allgemeinen wurde die Frage betreffs Leistung mangelhaft beantwortet. Da bei derselben Frage im Jahre 1903 lebhafte Klagen über allzu große Leistungsforderungen seitens der Firmen erhoben wurden, diese aber bei der letzten Rundfrage nur in vereinzelten Fällen sich wiederholten, so glaubte der Referent annehmen zu dürfen, daß die Regelung der Leistung und Gegenleistung im Maschinenfeger bei den letzten Tarifverhandlungen manchen Konfliktstoff beseitigt haben. Über die Ausdehnung der Kontrolle geben folgende Zahlen Aufschluß: Einzeltabelle in 118, Angabe der Zeilenzahl in 38, Zeitangabe in 28, Stichproben werden gemacht in 8, Belege verlangt in 21, Kustos muß vorgelesen werden in 10, Zählapparate arbeiten in 3, Kontrollzettel existieren in 11, Gesamtkontrolle des Personales wird ausgeübt in 36, keine Kontrolle in 466 Betrieben (hierzü gehört allerdings eine große Anzahl Betriebe mit einer Maschine, in denen sich ja die Kontrolle erübrigt). Aus 264 Betrieben fehlen die Angaben. Erwähnung verdienen auch die Mitteilungen über die Arbeitsvermittlung; es wurden vermittelt: durch die paritätischen Arbeitsnachweise in ganz Deutschland 31, durch die Fabriken 79, durch Inserate 629, durch Anfragen 82, durch persönliche Vermittlung 58, angeleitet in den eignen Geschäften wurden 1403 Kollegen. Daß die Maschinenfeger einen großen Teil der öfter umliegenden Verbandskollegen darstellen, kann nicht vermindern, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in 519 Orten die Maschinenfeger keine Gelegenheit haben, sich zu versenden, weil von dem betreffenden Maschinensystem nur ein einziger Betrieb am Orte vorhanden ist. Wegen der vorgeschrittenen Zeit brach der Referent seinen Vortrag ab, um ihn in der nächsten Versammlung mit den beiden Positionen: „Zeitweise Beschäftigung“ und „tarifliche Verhältnisse“, zu beenden. Im allgemeinen lasse das gesammelte Material liberal Fortschritte erkennen. Wo die Sparte vertreten ist, sind nur ausnahmsweise Verstöße gegen die tariflichen Bestimmungen zu konstatieren. In etwa 200 Orten hat jedoch die Sparte noch nicht Fuß gefaßt, ja in 59 Orten sind überhaupt keine dem Ver-

bande der Deutschen Buchdrucker angehörigen Maschinen-
seher beschäftigt. Gerade in letztern sind aber oftmals
dem Tarife höhnischprecherde Verhältnisse festgestellt worden.
Hier Auffklärung zu verbreiten und unsre Tarif- und Ver-
bandsfunktionäre in ihrer schwierigen Arbeit zu unter-
stützen, sei eine der Hauptaufgaben der Sparte. Eine
Gegenüberstellung der Verhältnisse in den Orten mit
Spartenkollegen und solchen, in denen die Sparte nicht
vertreten ist, lasse die geleistete Arbeit deutlich in Er-
scheinung treten. „Möge die Generalversammlung in
Köln in gerechter Würdigung der Verdienste der Sparten
diese in ihrem Wirken unterstützen und ihnen die Wege
offen lassen, auf denen sie zu wirken berufen sind, im
Interesse der Sparte und damit im Allgemeininteresse.“
Mit diesem Wunsche schloß Kollege Glaser seine durch
zahlreiche interessante Details gemüßigten Ausführungen,
den lebhaften Beifall der Versammelten hervorrufoend.
Unter „Beschließendes“ verdient eine Mitteilung des Vor-
sitzenden Erwähnung, die nicht nur Maschinenseher, son-
dern auch die Handseherkollegen interessieren dürfte: In
Gent (Belgien) war ein Unstund ausgebrochen. Den dort
tätigen Instruktoren der Monolinefabrik wurde das
Angebot gestellt, Mädchen an den Maschinen anzu-
lernen, was diese selbstverständlich verweigerten. Die
Instruktoren wurden auch sofort abberufen, und auf An-
frage der Institutionen erklärte die Fabrik, daß sie nie
ihren Instruktoren gestatten werden, gegen ihre Ver-
bandsprinzipien zu handeln. Bravo! Den andern Seg-
maschinenfabriken sei dieser lobenswerte Standpunkt der
Monolinefabrik bei event. ähnlichen Fällen zur freund-
lichen Nachseher empfohlen. Am Karfreitag findet ein
Ausflug statt.

Th. Bremen. Innerhalb der 14 Tage vom 19. Februar
bis 4. März hatte die Bremer Kollegenchaft in drei
Versammlungen angetreten, die trotzdem sehr gut besucht
waren. Die Versammlungen am 19. und 28. Februar
beschäftigten sich mit der Stellungnahme zur General-
versammlung und dem Ostern hier abzuhaltenden Goutag.
Am 4. März nahmen die Kollegen einen Vortrag des
Kollegen Graßmann (Essen) über: „Unser Verband als
Kulturfaktor“, entgegen, worüber die Versammlung mit
lebhaftem Beifalle quitierte. In der Versammlung vom
28. Februar widmete der Vorsitzende dem verstorbenen
Kollegen Louis Rosenlehner ehrende Worte der An-
erkennung, ebenso dem verstorbenen Kollegen Martin
Behnen. In der ersten Versammlung setzte eine recht
lebhaft Generaldebatte ein, worin mehr oder weniger
die frühe Einberufung der Generalversammlung getadelt
wurde. Wenn sich die Bremer Kollegen beim Verbands-
vorstand erkundigen wollen, werden sie die zwingenden
Gründe für die Notwendigkeit dieser frühen Einberufung
erfahren. (Red.) Die geäußerten Wünsche fanden in der
Spezialdebatte durch Annahme entsprechender Anträge
die Zustimmung der Versammlung. Die Mitteilung über
den „Hilfsarbeiter“ unserer Arbeitslosen-„Ebenfalls“ und
„Feuerungszulage“ zu gewähren, es angebracht erscheine,
den Beitrag um 5 Pfg. hinaufzusetzen. Alle übrigen
gestellten Anträge ließen sich wohl verwirklichen ohne
Beitragsverhöhung, wozu wohl in erster Linie das „Kor-
respondent“-Obligatorium zu rechnen sei. Im § 3 des
Statutes sollen die Worte „und freiwillig Ausgehende“
gestrichen werden, um die Mitglieder, welche durch frei-
williges Ausgehen Entlassungen verlitzen wollen, vom
Beitrag zu befreien. Die Verwaltungskosten an die
Gauwünscht man mit 5%, statt bisher 3% vergütet
zu sein, um die Anstellung von Verwaltern zu er-
leichtern. Die Gauzuschüsse sollen aufgehoben werden,
eventuell sollen die Gau mit Zuschüssen durch einen
Druck der Generalversammlung zu Gegenständigkeits-
abschlüssen gebracht werden, um einheitliche Unter-
stützungssätze zu schaffen. Voraussetzung ist hierbei, daß
die Generalversammlung die Unterstützung für Arbeits-
lose nicht wesentlich erhöht, sonst sollen eben die Gau-
zuschüsse abgeschafft werden. Ferner wurde der Absatz 1,
die Invalidenunterstützung betreffend, als nicht mehr
zeitgemäß betrachtet. Der Beitritt zum Verbands-
heute schon zu etwas Selbstverständlichem, während vor
Jahren benannter Absatz einen nicht zu verkennenden
agitativen Zweck diente, jetzt aber den ältern Kol-
legen zum Nachteil ist. Zur Lösung der Frage sollen
unsre Vertreter auf der Generalversammlung die An-
regung geben. Um besser der Agitation obliegen zu
können, sprach man sich für eine Verstärkung sowohl des
Zentralvorstandes wie der „Korrespondent“-Redaktion
aus; den Anträgen der Sparten erkannte man in gewissem
Sinne wohl eine Berechtigung zu, da jedoch hier nach
den Anträgen 3, 4 und 5 schon verfahren wurde, wurden
diese Anträge zurückgezogen. Die Anträge 1 und 2
wurden angenommen, beim Antrage 6 nach den Worten
„je einen Vertreter“ die Worte „mit beratender Stimme“
hingefügt; ferner noch folgender Antrag: „Die Bremer
Bezirksversammlung unterstützt die Anträge der Sparten
unter der Voraussetzung, daß die Vorstände nur ver-
pflichtet werden, die Spartenvertreter hinzuzuziehen, wenn
spezielle Spartenfragen zu beraten sind.“ Zustimmung
fand dann noch der Antrag: „Der Verband beteiligt sich
an der Gewerkschaftsschule. Neben Vereinsfunktionären
können auch andere Kollegen hierfür in Frage kommen.
Die Vorschläge erfolgen seitens der Gau bzw. Bezirke und
unterliegen der Bestätigung durch den Zentralvorstand.“
Die Anträge zum Goutage sind meistens untergeordneter
Natur bzw. bedeuten sie eine präzisere Fassung einzelner
Paragraphe. An sonstigen Vorkommnissen sind zu
melden zwei Tarifanerkennungen, und zwar seitens der
Kartonnagenfabrik Henke und der Firma Meyerbergs,
die nunmehr in den Besitz unsres Mitgliedes Willers
übergegangen. Neugegründet wurde die Druckerei

Döhling & Bretthorst, wovon der erste unser Mitglied
war, jedoch kürzlich austrat. Die Firma M. G. beliebt
im „Kleinischen“ Seiger zu suchen; auf persönliche Anfrage
eines Kollegen, warum er auf sein Angebot keine Antwort
erhalten, wurde ihm der Bescheid, weil er 25 Pfg. über
Minimum verlangte!! Die Firma J. S. & Co. ver-
suchte den bisherigen 43jährigen Hilfsarbeiter in der
Stereotypie zur Ausbildung als Lehrling einzustellen.
Diese Sache gelangte an das hiesige Tarifschiedsgericht
zur Entscheidung, dessen einstimmiger Beschluß dahin
ging, daß die Firma wohl zur Einstellung eines Lehrlings
berechtigt sei, daß aber bei der Einstellung des
jetzigen 43jährigen Hilfsarbeiters als solcher ein Mehr-
verhältnis nicht in Frage kommen könne. Den hier
seit Anfang dieses Jahres ermäßigten Flaschenbierpreis
um 2 Pfg. benutzt die Firma Sch. dazu, um die immer
jährlich zur Betriebskassentafel erforderlichen Zuschüsse
herabzumindern, anstatt den Arbeitern zu überlassen, wo
sie sich vertheidigen wollen, denn beim Austritt aus dem
Gesicht geht jeder Anspruch verloren. Frau Sama er-
zählt, daß dadurch viele Kollegen sich seitdem der Ab-
stinenz zugewandt haben.

s. Bunszlau. Die Kandidatenfrage für die Wahlen
zur Kölner Generalversammlung scheint im Gau Schlefien
am frühesten angeschnitten worden zu sein und zwar
durch das inzwischen von einigen Bezirken nicht sonderlich
günstig beurteilte Zirkular des Siegniger Ortsvereins.
In Glogau wurde daselbe als „Neckname“ für den von
Siegnitz präsentierten Kandidaten bezeichnet, ob mit Ver-
ächtigung, mag dahingestellt bleiben, denn man könnte
dann schließlich dahin kommen, den Glogauer diesen
Vorwurf zurückgeben zu müssen. In der Sache selbst hat
Siegnitz schon das Richtige getroffen; es ist sehr verständlich,
daß ein Verbandsfunktionär, der bis jetzt noch nicht
Generalversammlungsbelegter war, der aber ebenfalls
sein Bestes für die Organisation und damit für seine
Kollegen gegeben, den beschiedenen Ehrgeiz besitzen kann,
einmal diesen von der Gesamtkollegenchaft des Gaues
zu vergebenden Ehrenposten helleiden zu dürfen und mit-
zubereiten über die großen Fragen, die zurzeit die Ver-
bandskollegen bewegen und teilzunehmen an der sang-
und klanglosen Verenkung so manchen ganz gut gemeinten
Antrages. Die augenblickliche Situation erfordert gerade
für die „gehobeneren“ Verbandsposten gewissenhafte und
verständnisvolle Kollegen. Darum, so wurde in unsrer
am 7. März abgehaltenen Monatsversammlung ausgeführt,
ist der Siegniger Vorschlag sehr sympathisch, die der
Provinz zuzustehenden Generalversammlungsmandate unter
den einzelnen Bezirken abwechseln zu lassen. Wir können
ja verstehen, daß die im Siegniger Vorschlag vorläufig
unberücksichtigt gelassenen Bezirke darüber etwas verstimmt
sind. Aber es hätte sich doch noch immer der Ausweg
einer gemeinsamen Verständigung über einen andern
Kandidaten für die Provinz erfinden lassen. Das ist
das Mittel, das die Bezirke entscheiden, da wir selbst
einwandfreie Kandidatenliste vorhanden. Wie es nun
den Anschein hat, wird jeder Bezirk von seinem guten
Rechte der eignen Kandidataufstellung Gebrauch machen
und damit der schönsten Stimmungssplitterung Vorhub
leisten; das letztere zu verhindern, war ja gerade der
Hauptzweck des Siegniger Vortrages. Sollte es schon zu
spät sein, unter den Bezirken über diese Frage eine Ein-
igung herbeizuführen? Auf jeden Fall erlaubt sich die
Mitgliedschaft Bunszlau, der schlesischen Kollegenchaft die
Kandidatur Fänsch (Siegnitz) zur Unterstützung bestens
zu empfehlen.

-l. Chemnitz. Eine Außerordentliche General-
versammlung, der Kollege Krasser (Zwickau) als
Gast beimohnte, nahm den Bericht des Bibliothekars ent-
gegen. Aus dem Berichte ging u. a. hervor, daß die
Benutzung der Bibliothek sich erfreulichem Maße sehr ge-
steigert hatte. Über die Tätigkeit des Kartells referierte
in längern Ausführungen Kollege Fuchs. Hierauf trat
die Versammlung in die Beratung und Beschlußfassung
über die zur Kölner Generalversammlung eingegangenen
Anträge ein: 1. den § 24 Absatz 2 des Verbandsstatutes wie
folgt abzuändern: „Die Berufung der Delegierten erfolgt
in der Weise, daß Gau bis zu 500 Mitgliedern (anstatt
wie bisher 400) einen Delegierten, solche bis zu 1000 Mit-
gliedern zwei Delegierte usw. wählen. Weniger als 250
überzählige Mitglieder werden nicht gezählt.“ 2. § 33
Absatz 2 des Verbandsstatutes dahin abzuändern: „Die
Entschädigung aus dieser Klasse für die Mithewaltung an
die Gau beträgt 4 Proz. (anstatt wie bisher 3 Proz.).“
3. Das Obligatorium des „Korr.“ ist für alle Mitglieder
von Verbands wegen einzuführen. 4. Die in §§ 7-10
festgelegten Unterstützungssätze sind unter Übernahme auf
bisher von den einzelnen Gauen gezahlten Zuschüsse auf
die Verbandskasse nur von dieser zu leisten. Den so
rapid gestiegenen Lebensverhältnissen entsprechend hat
eine angemessene Erhöhung dieser Unterstützungssätze ein-
zutreten. 5. Ortsunterstützung betreffend: Die Orts-
unterstützung wird nur vom Verbandsbezirk gezahlt. Bisher
gezählte Gauzuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung sind
endgültig aufzuheben. Eventuell zu genehmigende lokale
Zuschüsse für Orte mit nicht unter 10 Proz. Sozial-
zuschlag dürfen nur auf fakultativer Grundlage geschaffen
werden. Auf kein Mitglied darf durch ortstatutarische
Bestimmungen ein Beitrittszwang zu solchen Zuschüssen
ausgeübt werden. Nach eingehender Begründung der
einzelnen Anträge durch die Antragsteller wurde die Ab-
stimmung vorgenommen. Punkt 1 und 2 fanden ein-
stimmig Annahme. Punkt 3 erhielt 79 Stimmen für
und 67 gegen. Punkt 4 wurde mit Mehrheit angenommen,
Punkt 5 dagegen einstimmig abgelehnt. Zu den im
„Korr.“ schon mehrfach erwähnten vereinigten Sparten-
anträgen (eine spezielle Wiedergabe erübrigt sich daher

wohl) gestellte sich in letzter Minute noch ein von den
hiesigen Maschinensehern eingebrachter Antrag, welcher
die mehrfach erwähnte Instruktorenfrage betraf. Nach
einer kurzen Debatte, in welcher sowohl die Ablehnung
sämtlicher Anträge (mit Ausnahme des Maschinenseher-
antrages) als auch die Annahme empfohlen, wurden auch
diese Anträge, und zwar en bloc angenommen. Unter
„Vereinsangelegenheiten“ erfolgte neben Erledigung einiger
lokaler Sachen nochmals die Aufstellung der Goutage-
frage. Der Gauvorstand vertrat in entschiedener Weise
seinen unmitreren Beschluß, den Goutag erst nach der
Generalversammlung abzuhalten.“ Nur die Ver-
meidung zweier Goutage und der dadurch bedingten
höheren Ausgaben sei für ihn im Interesse der Allgemein-
heit maßgebend gewesen. Der Inhalt eines von Chem-
nitz Mitgliedern, die eine Urabstimmung über Abhaltung
eines außerordentlichen Goutages vor der Generalver-
sammlung beantragten, an die Gaumitglieder veränderten
Rundschreibens sei nicht ganz einwandfrei und geeignet,
Mißstimmung gegen den Gauvorstand hervorzurufen.
Dem wurde entgegengehalten, daß der Gauvorstand wohl
nicht befugt sei, eigenmächtig zu handeln, und daß der
von ihm eingeschlagene Weg, eine Umfrage statt Ur-
abstimmung zu veranstalten, nicht richtig war. Weiter
wurde bemerkt, das Zirkular enthalte nur Tatsachen, denn
wirklich widerlegt habe der Gauvorstand nichts, und wäre
der Antrag auf Urabstimmung nicht von Chemnitz erfolgt,
so hätte ihn Zwickau gestellt. Auch die verstreut im Gau
konditionierenden Mitglieder müßten Gelegenheit erhalten,
sich vorher genau über sie mitbetreffende Fragen zu
orientieren und der geeignete Ort dazu sei der Goutag.
Ein Antrag auf Schluß der Debatte verursachte zugleich
das Ende der Versammlung.

F.-R. Bezirk Duisburg. Unsr erste diesjährige
Bezirksversammlung, welche am 23. Februar in
Ruhrodt stattfand, war von 170 Kollegen besucht, und
zwar von Duisburg 43, Ruhrodt 39, Meiderich 11, Mül-
heim (Ruhr) 20, Wesel 16, Oberhausen 15, Emmerich 10,
Sterkrade 12, Margloß 2 und zwei Kollegen aus Essen
als Gäste. Nicht vertreten waren die Orte Dinslaken
und Rees. Mitgliederstand Ende des dritten Quartals
398, Ende des vierten Quartals 424. Auf der Tages-
ordnung stand u. a. ein Vortrag unsres Gauvorstehers
Graßmann. Nach Erledigung von „Geschäftliches“ und
Entgegennahme des Kasenberichts erteilte der Vor-
sitzende dem Kollegen Graßmann das Wort zu seinem
Vortrage: „Die augenblickliche Situation im Ge-
werbe.“ Redner verbreitete sich über die Änderung des
§ 4 und über die Gauvorsteherkonferenz. Er verband
es, während seines einstündigen Vortrages die Auf-
merksamkeit der Anwesenden für sich zu gewinnen und
targte die Versammlung nicht mit ihrem Beifalle. So-
dann wurde in die Beratung der Anträge zum Goutag
übergegangen. Die Generalversammlung eingeleitet. Für den Goutag
wurde ein Antrag angenommen, welcher den Gau-
vorstand erneut um Teilung des Bezirks Duisburg in
zwei Bezirke (Duisburg und Wesel) angeht. Zur General-
versammlung wurden folgende Anträge gestellt: 1. Die
Generalversammlung wolle ein Verbandsobligatorium
des „Korr.“ in Erwägung ziehen. 2. Beantragen beim
Zentralvorstande die Anstellung eines weiteren Beamten
für die Agitation im Gau Rheinland-Westfalen. 3. Emp-
fehlen der Generalversammlung die Abschaffung der
Gauzuschüsse und die Erhöhung der Unterstützung des
Verbandes um den gleichen Betrag. Ausgleich: Er-
höhung des Verbands- und Erniedrigung des Gau-
beitrages. 4. Beantragen, daß den zu militärischen
übungen eingezogenen Kollegen die Ortskonditionslosen-
unterstützung als Beihilfe gezahlt wird. 5. Beantragen,
die Sätze der Invalidenunterstützung von 1 Mk. auf
1,25 Mk. resp. von 1,25 Mk. auf 1,50 Mk. zu erhöhen.
Zusatzantrag zu 5: Beantragen, für die Mitglieder, die
1500 Beiträge gezahlt haben, den Unterstützungssatz auf
1,50 Mk. zu erhöhen. 6. Beantragen, um einen wirk-
samen Schutz der Vertrauensmänner herbeizuführen, die
Unterstützung derselben eventuell um 1 Mk. pro Tag zu
erhöhen und ihnen in allen Fällen die Umzugskosten-
entschädigung ohne jede Karenz zu bewilligen. 7. Beant-
tragen, den Paragraphen betreffend Umzugskostenentfä-
digung dahin zu ändern, daß freiwillig Umziehende den
vollen Satz nach der Karenz und die zwangsweise Um-
ziehenden den vollen Satz ohne jede Karenz erhalten.
Zusatzantrag zu 7: „Freiwillig umziehende“ usw. ist das
Wort „freiwillig“ zu streichen. 8. Beantragen, die
Krankenunterstützung zu erhöhen. Über einige Sparten-
anträge wurde zur Tagesordnung übergegangen. Als
Kandidaten zum Goutage wurden folgende Kollegen vor-
geschlagen: Brandes und Gehardt (Wesel), Giesele
(Sterkrade), Denne, Fuß und Weyer (Oberhausen),
Riggemeier und Facken (Mülheim-Ruhr), Kemm,
Salz und Palekzi (Ruhrodt), Müller (Meiderich),
Meister (Emmerich), Höner und HJBrind (Duis-
burg). Von diesen 15 Kollegen sind nunmehr sechs in
der Urabstimmung zu wählen. Zur Generalversammlung
wurde unser bewährter Bezirksvorsteher HJBrind
einstimmig als Kandidat aufgestellt, und wird es uns
hoffentlich gelingen, ihn für unsre Wünsche in Köln ein-
treten zu sehen. Der Vorsitzende schloß nach einem kurzen
Schlußworte die gut verlaufene Versammlung mit einem
Hoch auf den Verband.

F. Frankfurt a. M. Am 28. Februar hielt der
Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen eine Mitgliederversammlung ab,
die einen so überaus zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte
wie nie zuvor. Die Tagesordnung lautete: Bericht
unsrer Vertreter über die bisherigen Verhandlungen
mit den Herren Prinzipalvertretern und endgültige

Stellungnahme hierzu." Zur Versammlung waren noch erschienen Gauvorsteher R. Domine, sowie der Bezirksvorsitzende S. Braum. Der Vorsitzende Dornis eröffnete die Versammlung mit Worten der Begrüßung und dem Wunsch, daß die Kollegen auch für die Zukunft durch rege Beteiligung und Mitwirkung ihr Interesse am Vereins- und Verbandsleben betonen mögen. Als Berichterstatter der Tarifkommission führte Kollege Dornis zunächst aus, daß auf den eingehendsten Tarifentwurf hin von Seiten der Prinzipalsvereinigung ein Antwortschreiben eingegangen sei, worin mitgeteilt wurde, daß sie unter keinen Umständen auf Verhandlungen über den Tarifentwurf eingehen könnte, indem derselbe grundsätzliche Erwägungen mit sich bringe, die bei der schlechten Lage des Gewerbes, welche hauptsächlich durch die Einführung der verschiedenen Zeilenzeig- und Sechsmaschinen bedingt sei, nicht bewilligt werden könnten. Jedoch wären sie bereit, mit den Vertretern der Gehilfenschaft über die allgemeinen Bestimmungen in Verhandlungen einzutreten und eventuell bereit, einige Zugeständnisse in Bezug auf das Minimum und die Gehaltsstufen zu machen. Die inzwischen stattgefundenen Sitzungen mit den Herren Prinzipalsvertretern ergaben die Bereitwilligkeit zur Einführung einer Gehaltsstufenliste sowie die Erhöhung des Minimums, jedoch unter der Voraussetzung, daß die derzeit in den einzelnen Giebereien bestehenden Tarife unverändert auf fünf Jahre wieder erneuert würden. In der sich anschließenden Diskussion erklärten die meisten Redner, wenn sie auch anfänglich für Revision des Tarifes gewesen, sei jetzt dagegen seien, weil durch die nach unten hin gedachte Revision, welche auch nicht einen Pfennig Aufbesserung mit sich bringe, unsererseits mehr zugegeben werden müßte, als gewonnen würde. Für die Kollegen an der Hand- und Plattengießmaschine, deren Verdienste jedoch teilweise als sehr traurige zu bezeichnen seien, soll versucht werden, bei den weiteren Verhandlungen noch etwas zu erlangen. Hierzu wurden verschiedene Anregungen gegeben. Hierauf gelangte eine Resolution mit allen gegen sieben Stimmen zur Annahme, nach welcher sich die Versammlung nach Entgegennahme des Berichtes der Tarifkommission mit dem Vorschlag der Prinzipale, die jetzt geltenden Tarife auf weitere fünf Jahre zu verlängern, einverstanden erklärte, jedoch die ausdrückliche Bedingung hieran knüpft, daß die Herren Prinzipale die Bereitwilligkeit erklären, mit der Kommission der Gehilfenschaft über die hierzu noch gestellten Anträge in Verhandlungen einzutreten. Die Versammelten erklärten sich weiter mit den von den Prinzipalen aufgestellten allgemeinen Bestimmungen einverstanden, soweit solche nicht durch die erwähnten Anträge berührt werden. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker wurde die Versammlung geschlossen.

C. Bezirk Gera. Die am 1. März im **Gewerkschaftshaus** zu Weida tagende erste Ordentliche Bezirksversammlung war von annähernd 100 Kollegen besucht. Nicht vertreten waren die Orte: Uuma, Neustadt, Roda, Romburg und Triebes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Gauvorstehers Rosenlechner in anerkennender Weise. Im Bezirk Gera sind laut Statistik 274 Gehilfen, davon sind 235 Verbandsmitglieder und 39 Nichtorganisierte. Bestere domizilianer hauptsächlich in den kleineren Bezirken, wo Arbeitszeit und Entlohnung noch viel zu wünschen übrig lassen. Besonders aus den Orten im Oberlande berichteten die Vertrauensleute wenig Gutes, und will deshalb der Vorstand mit Hilfe des Kreisamtes sein möglichstes tun, um dort bessere Zustände zu schaffen. Vom Ortsvereine Weida war ein Antrag zum Gautage gestellt und von der Bezirksversammlung angenommen worden, welcher lautet: „Der Gautage möge beschließen, daß für die kleineren Ortsvereine zwecks mehr Agitation Vorträge durch Vermittlung des Gauvorstandes auf Kosten des Gaus abgehalten werden.“ Ebenfalls angenommen wurde der Antrag des Bezirksvorstandes: „Der Gautage wird ersucht, die Gegenseitigkeit in betreff der Arbeitslosenunterstützung mit andern Gauen zu erweitern, auch wenn eine Erhöhung des Beitrages und der Leistungen damit verbunden sein sollte.“ Hierauf wurden die Anträge des Bezirksvorstandes zur Generalversammlung des Verbandes, welche im Berichte der letzten Bezirksversammlung veröffentlicht worden sind, angenommen. Von vielen Rednern wurde gewünscht, die Erhöhung der Unterstützungsätze möglichst ohne Beitragsvermehrung einzuführen. Mit 31 Stimmen wurde dann ein Antrag des Bezirksvorstandes zur Generalversammlung angenommen, welcher lautet: „Die Generalversammlung möge beschließen, daß bei einschneidenden Tarifänderungen oder der damit verbundenen Institutionen vor endgültiger Beschlussfassung darüber die Mitgliedenschaft gehört werden und eine Außerordentliche Generalversammlung einberufen wird, welche über die Zulassung einer etwaigen Änderung zu beschließen hat und den jetzt stets auftauchenden Annäherungen gegen die Verbandsleiter oder Gehilfenvertreter entgegenzutreten.“ Der Vorsitzende begründete diesen Antrag damit, daß bei wichtigen Angelegenheiten, z. B. Änderung des Organisationsvertrages usw., welche für die Mitglieder von hohem Interesse sind, dieselben erst gehört werden müßten, ehe derartige einschneidende Änderungen vorgenommen würden. Aufsetz der Antrag nötig, um die Annäherungen gegen die Leitung des Verbandes, welche sich bei derartigen Umständen zeigen, aus der Welt zu schaffen. Von einigen Weidaer Kollegen wurde es als ein Ungerechtigkeits empfunden, daß den Gutenbergschülern in betreff der Karenzzeit zur Invalidenunterstützung mehr Entgegenkommen gezeigt werde als den Verbandsmitgliedern, welche manchmal

aus gerechtfertigten Gründen zum zweitenmale Mitglied des Verbandes würden. Diese Ansicht drückten sie in einem vom Ortsvereine Weida gefaßten Antrage zur Generalversammlung des Verbandes in folgender Fassung aus: „Die Generalversammlung möge beschließen, die Karenzzeit in bezug auf die Invalidenunterstützung für die schon einmal Mitglied gewesen Verbandsmitglieder den Vergünstigungen der Gutenbergschüler entsprechend herabzusetzen.“ Betreffs der Wahl des nächsten Versammlungsortes überließ die Versammlung dies dem Vorstande, da sich zu dieser Zeit eine Verhinderung von der Generalversammlung notwendig macht. Um festzustellen, in wieviel Exemplaren der „Korr.“ in den einzelnen Orten gelesen wird, sind die Vertrauensleute verpflichtet worden, Umfrage zu halten und das Ergebnis dem Vorstande mitzuteilen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch des Berichtes aus Hannover in Nr. 25 des „Korr.“ gedacht. Von verschiedenen Rednern wurde der „Korr.“-Redaktion das beste Zeugnis ausgestellt und erklärte sich die Versammlung mit der Schreibweise der Redaktion einverstanden. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

-ck. Grünberg (Schl.). Der hiesige Ortsverein hielt am 29. Februar in Wilmses Konditorei eine von 38 Mitgliedern besuchte Versammlung ab unter Teilnahme des Bezirksvorsitzenden Hieslcher-Glogau und einiger Mitglieder aus Neusalz betreffs Beratung von Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes. Aus der Mitte des hiesigen Vereins waren keine Anträge gestellt. Die Versammlung beschloß, die von dem Ortsvereine Glogau gestellten, in Nr. 25 des „Korr.“ veröffentlichten zu den übrigen zu machen, mit dem Änderungsantrage zu § 1 Abs. 3 der Invalidenunterstützung: „Wenn der Beitritt erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt, nach Leistung von 500 Beiträgen.“ Hierauf hielt Kollege Hieslcher einen mehr als einstündigen Vortrag über den Organisationsvertrag, insbesondere über die Abänderung des § 4 desselben. Dem sehr interessanten Vortrage wurde von den Anwesenden mit großem Interesse gefolgt und derselbe seitens der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Dem Vortragenden auch an dieser Stelle noch besondern Dank. Eine nach Schluß des Vortrages einstimmig angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die Versammlung spricht dem Kollegen Hieslcher ihren Dank für den Vortrag aus und erklärt sich mit seinen Ausführungen betreffs Abänderung des Organisationsvertrages einverstanden.“ Ferner wurde beschlossen, als Kandidaten für die Verbandsgeneralversammlung unsern Gauvorsteher C. Fiedler (Breslau) und Kollegen G. Hieslcher (Glogau) vorzuschlagen. Die Versammlung trat besonders für die Kandidatur des Kollegen Fiedler ein, welcher sich für das Zustandekommen der Tarifeinführung in Grünberg ganz besonders verdient gemacht hat. Das erste Stiftungsfest des jungen Ortsvereins soll am Sonntag, den 25. April, in Goldmanns „Königshaus“ gefeiert werden. Die übrigen zur Verhandlung stehenden Sachen betrafen nur interne Angelegenheiten. Der Vorsitzende Wiened schloß die sehr gut besuchte Versammlung und dankte den Mitgliedern für ihre rege Mitarbeit bei den Beratungen. Der Ortsverein zählt zurzeit 42 Mitglieder, denen nur drei Nichtmitglieder gegenüberstehen.

Sambor-Mitona. (Generalversammlung am 1. März im „Gewerkschaftshaus“.) Der Vorsitzende Dreier gedachte mit ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen Rosenlechner. Konditionslos sind 61 Kollegen, darunter 41 Seiger, 6 Schweizerdegen, 1 Stereotypier, 1 Korrektor und 11 Drucker; krank 41 Kollegen. Der Jahresbericht, welcher gedruckt vorlag, wurde nach einigen Erläuterungen seitens des Verwalters Kunzler sowie nach Feststellung eines Druckfehlers, wonach dem Maschinenmeister Fern. Schulze zu Unrecht 18 Mk. Beitragsreste notiert waren, einstimmig genehmigt. Dann wurde zur Aufstellung der Kandidaten für die neuwählende Verwaltung geschritten. Als Vorschläge wurden hierfür W. Dreier und Steinhardt, als zweiter Vorschlag W. Babersky und von der Ahe, als Verwalter F. Kunzler, als erster Schriftführer J. Wellmann und Died, als zweiter Schriftführer Bogunke und Klutke nominiert. Außerdem wurden noch 12 Kandidaten für den Revisionsausschuß und 18 für die Bibliothek aufgestellt. Zu der im Mai in Köln stattfindenden Generalversammlung des Verbandes wurden in der Hauptsache die Anträge angenommen, welche 1. die Rückvergütung für Verwaltungskosten der Zentrale an die Gauen von 3 auf 4 Proz. erhöhen; 2. die Delegiertenwahl zu den Generalversammlungen vermindern; 3. die Unterstützungen für Konditionslose usw. erhöhen, ohne daß indessen hierfür höhere Beiträge zu bewilligen seien; 4. den Zentralvorstand um sechs Mitglieder zu vermindern. Ein Antrag der Maschinenseher, die internationale Regelung der Instrukteurfrage betreffend, wurde dem Zentralvorstand als Material überwiesen. Abgelehnt wurden u. a. die Anträge der Sparten (ausgenommen die Maschinenmeister), welche dahin gingen, denselben größere Aktionsfreiheit zu beschaffen, und der Antrag: Den Zentralvorstand zu beauftragen, in der Redaktion des „Korr.“ eine Änderung einzutreten zu lassen. Vertagt wurde der Antrag der Typographischen Gesellschaft, 300 Mk. für Vergrößerung der Bibliothekbestände zu bewilligen.

Nk. Kassel. Die am 9. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung stimmte einem Antrage zu, wonach die Wahl zum Bezirksvorstande nunmehr erst nach der Bezirksversammlung stattfinden hat. Die Kandidatenliste wird in einer zu diesem Zweck einzuberufenden Vertrauensmännerversammlung aufgestellt. Die Beratung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes mußte, um den Mitgliedern Gelegenheit zu einer gründlichen

Aussprache zu geben, vertagt werden. — So fand zu diesem Zweck am 22. Februar eine Außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die aber sehr schwach besetzt war. Die Beteiligung an der Generalabende über die Anträge war indes eine zahlreiche. Mit den auf der letzten Gauvorsteherkonferenz in Erwägung gezogenen Reorganisationsplänen betreffs Vermehrung des Hauptvorstandes, der „Korr.“-Redaktion, Neueinteilung der Gawe usw., erklärte sich die Mehrzahl der Redner einverstanden. Ganz entschieden sprach man sich aus gegen eine Aufhebung der Unterstützung für freiwilligen lizenzigen. Betreffs der Sparten müsse eine gewisse Abgrenzung der Befugnisse stattfinden, eingedenk dessen, daß wir ein einziger großer Buchdruckerverband sind. Es wurde folgenden eingegangenen Anträgen für die Generalversammlung in Köln zugestimmt: Neben dem Verbandsbuch ist im ganzen Bereiche des Verbandsgebietes für die Mitglieder ein Quittungsbuch oder -karte einzuführen, ähnlich den bereits in größeren Städten wie Berlin usw. bestehenden, und jedem Mitglied ist jährlich im Januar eine Aufrechnung seiner im vergangenen Jahre geleisteten Beiträge sowie etwa bezogener Unterstützungen usw. auszuhändigen; die erste dieser Karten wäre im Januar 1900 herauszugeben und müßte eine Aufrechnung aller bis dahin geleisteten Beiträge usw. enthalten. Die Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige ist von 1,40 Mk. auf 2 Mk. pro Tag zu erhöhen. Unbedingt nötig sei eine Erhöhung dieses Unterstützungsatzes. Alle Unterstützungsätze haben eine fortgesetzte Erhöhung gefunden, nur die Krankenunterstützung sei bis heute dieselbe. Gerügt wurde es bei Beratung dieses Antrages daß sich in Frankfurt Kollege Dorjchu zu der Äußerung verhalten hat, der Kranke könne pro Tag noch 20 Pfg. entbehren. Es wurde ferner beantragt: Die Entscheidungen an die Gawe für ihre Mithewaltung ist von 3 auf 5 Prozent zu erhöhen. Um die gesamte Geschäftsführung in den Gauen, Bezirken und einzelnen Orten zu einer einheitlichen und leicht übersichtlichen zu gestalten, sollten seitens des Zentralvorstandes einheitliche Formulare eingeführt werden. Ein weiterer Antrag will den zu militärischen Friedensübungen eingezogenen Mitgliedern die Hälfte der ihnen nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft zustehenden Unterstützungsätze zubilligen. Über einen Antrag des Maschinenmeisterkongresses in Berlin, eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob ein Buchdrucker Führer einer Hilfsarbeiterorganisation sein darf, wird beantragt: Die Generalversammlung des Verbandes möge über diesen Antrag zur Tagesordnung übergehen, da derselbe nicht dazu angetan sei, das Ansehen des Verbandes zu fördern; es sei jedem Kollegen freigestellt, wie derselbe sich gewerkschaftlich betätige. Von den Anträgen der Sparten wurde nur Punkt 1 zugestimmt: die Zahl der Beisitzer im Verbandsvorstand ist zu erhöhen, die übrigen: lehnte die Versammlung ab. Ein vom Vorsitzenden der hiesigen Maschinenseher gestellter Antrag zum Gautage: „Dem Jahresbericht ist ein Mitgliederverzeichnis anzufügen“, wurde ebenfalls ablehnend beschieden.

Bad Kreuznach. Nachdem hier sämtliche Kollegen bis auf zwei, welche jedoch nicht aufnahmefähig sind, für die Organisation gewonnen und auch in tariflicher Beziehung bis auf Kleinigkeiten soweit alles geregelt ist, hat der größte Teil der hiesigen Mitglieder die Gründung eines graphischen Klubs beschlossen, um so auch in technischer Beziehung an der weiteren Ausbildung seiner Mitglieder tätig zu sein. Wir erlauben uns, an die bereits bestehenden graphischen Klubs die höchste Bitte zu richten, uns durch Überweisung von geeignetem Material gefälligst unterstützen zu wollen, wofür wir schon im voraus besten Dank sagen.

Biegen. Das in der Generalversammlung unseres Ortsvereins im Januar gewählte Agitationskomitee hatte sämtlichen in Betracht kommenden Bezirken im Gau Schlesien den Vorschlag unterbreitet, eine Vereinbarung bei der Aufstellung von Kandidaten zu den jeweiligen Verbandsgeneralversammlungen herbeizuführen. Dieser Vorschlag ist nun zu unserm Bedauern einer argen Mißdeutung ausgesetzt gewesen, so daß wir uns zuletzt veranlaßt sahen, ihn wieder zurückzuziehen. Wir waren nicht willens, den so kostbaren Raum des „Korr.“ für diese Angelegenheit in Anspruch zu nehmen, da sie auf schriftlichem Wege zur Erledigung gelangen sollte. Um aber her teilweise etwas zu lebhaften Phantasie den Boden abzugraben, sehen wir uns gezwungen, an dieser Stelle einige Worte der Aufklärung zu geben, ohne auch nur im geringsten auf die uns ungerechtfertigterweise gemachten Vorwürfe einzugehen. Mit dem von uns gemachten Vorschlag — zu dessen Vergleich mit einer „Dekretierung“ es einer, gelinde ausgedrückt, sehr kühnen Auslegung bedarf — sollte erreicht werden, daß in bestimmter Reihenfolge jeder Bezirk im Gau Schlesien in die Lage kommt, den von ihm präferierten Kandidaten auch gewählt zu sehen. Es sollte durch eine Vereinbarung verhindert werden, daß es dank günstiger Konstellation einem Bezirk gelingt, zu jeder Generalversammlung einen Vertreter zu entsenden, während andere Bezirke mit vielleicht größerer Mitgliederzahl stets das Nachsehen haben. Wäre es den einzelnen Bezirken gleichgültig, durch wen sie vertreten würden, so würden sie wohl von der jedesmaligen Aufstellung eines Kandidaten absehen. Mit vorstehenden Ausführungen halten wir die ganze Angelegenheit für erledigt und kommen im „Korr.“ nicht mehr darauf zurück. In der Aufstellung unseres Kandidaten, des langjährigen Bezirks- und Ortsvorsitzenden Jänisch, halten wir nach wie vor fest.

J. A. v. Ottawa.

Neustadt a. S. Der hiesige Maschinenmeisterklub hielt am 8. März seine diesjährige Generalversammlung ab. Seitens der Vorstandschaft war eine rege Agitation entfaltet worden, was zur Folge hatte, daß sich Kollegen aus Dürheim, Genshoben und Landau einfinden und auch ihren Beitritt erklärten. Der Vorsitzende erstattete in kurzen Zügen den Jahresbericht. Dem Verhältnisse der Mitgliederzahl entsprechend war der Versammlungsbefuch ein guter zu nennen, und hoffen wir, daß auch im neuen Geschäftsjahre wiederum unsere Mitglieder treu zur Sache stehen. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch laut, daß die Mißhelligkeiten, welche zwischen unserer Zentralkommission und dem Verbandsvorstand entstanden sind, auf der Generalversammlung in Köln zu gunsten der Maschinenmeister geregelt werden. Ferner wurde beschloffen, die nächste Monatsversammlung in Landau abzuhalten, um die unserer Bewegung noch fernstehenden Kollegen von Landau, Anweiler und Kandel für unsere Sache zu gewinnen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband sowie die Zentralkommission der Maschinenmeister.

Neustrelitz. Am 1. März hielt der (noch provisorische) Bezirk Südost-Mecklenburg im Lokale des Kollegen Brodman sein erste diesjährige Bezirksversammlung ab. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Menje mit Willkommensgrüßen eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte letzterer der Toten der Berichtszeit (des Kollegen Kaumarth und des Gauflaffierers Wolz aus Schwerin), deren Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Anwesend waren die Kollegen von Friedland (3), Neubrandenburg (9), Neustrelitz (22), Waren (4), die Stavenhagener Kollegen fehlten entschuldigend, während die Waldliner Kollegen leider gar nicht auf die ihnen zugegangene Einladung antworteten; als Gäste waren drei Kollegen aus Güstrow erschienen, ferner weilte der Hauptflaffierer des Verbandes, Kollege Eißler (Berlin), in unserer Mitte. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist kurz zu erwähnen, daß in unserem Bezirke nun endlich alle Gehilfen zu tariflichen Bedingungen arbeiten und nur ein einziges Nichtmitglied vorhanden ist. Der Gesamtvorstand wurde durch Zuruf wiedergewählt. Im weiteren wurde beschloffen, wenn der Bezirk auf dem Gaugate, der in diesem Jahr in Güstrow stattfindet, genehmigt wird, möglichst alle Jahre zwei Bezirksversammlungen abzuhalten. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Waren gewählt. Zur Generalversammlung des Verbandes wurde beantragt: „Die Gauzuschriften zur Arbeitslosenunterstützung sind aufzuheben und ist die Verbandsunterstützung dementsprechend zu erhöhen.“ Zum Gaugate wurde folgendes beantragt: 1. eine Arbeitslosenzuschießkasse ins Leben zu rufen; 2. den Gau in Bezirke einzuteilen; 3. den Bezirk Südost-Mecklenburg zu bekräftigen. Nach längern, nicht allgemein interessierenden Verhandlungen wurde die „Vormittagsversammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.“ — Hierauf fand allgemeine Mittagstafel statt. — Der zu 3 Uhr nachmittags angelegte Vortrag des Hauptflaffierers Eißler (Berlin) über: „Der Organisationsvertrag und seine Begleiterscheinungen“, hatte leider nicht unseren Erwartungen Rechnung getragen in bezug auf Erklären der Prinzipale, indem von den sämtlichen eingeladenen Prinzipalen der umliegenden Druckorte nur ein einziger erschien. Der Referent erwähnte die allgemein bestehenden tariflichen Verhältnisse und behandelte dann ausführlich die Gründe, welche zur Abänderung des § 4 des Organisationsvertrages geführt hatten. Dem Redner wurde für seinen sehr lehrreich gehaltenen Vortrag der Dank der Versammlung ausgesprochen. In der sehr regen Diskussion, die sich an den Vortrag angeschlossen, machte der Referent die anwesenden Kollegen u. a. nochmals darauf aufmerksam, stets darauf zu achten, daß bei eventuellen Neueinstellungen nur Kollegen eingestellt werden sollen, die aus tarifreichen Druckereien kommen. Mit einem Hoch auf den Referenten wurde die Nachmittagsversammlung geschlossen.

Ofenbach. Die am 29. Februar einberufene Bezirksversammlung zeigte wieder, welches Verbandsinteresse die hiesigen Kollegen besitzen: von 250 Mitgliedern waren 12 Mann erschienen! Von den zur Beratung stehenden vier Vorträgen fanden drei fast einstimmige Annahme, während bei dem vierten zur Tagesordnung übergegangen wurde, da der Hauptantragsteller es nicht der Mühe wert hielt, in der Versammlung zu erscheinen. Ferner wurde das Behringswesen einzelner Druckereien kritisiert, besonders die Nichttarifdruckerei Gebr. Eßel. Insbesondere sei den Herren Prinzipalen ans Herz zu legen, mit der Tarifgemeinschaft etwas genauer umzugehen und den Herren Gebr. Eßel nicht zu ihrem eignen Nachteile durch Arbeit aus der Klemme zu helfen.

Odenburg (Gr.). Am 2. März fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu welcher dankenswerterweise Gauvorfesher Graßmann (Essen) das Referat übernommen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende unfers verstorbenen langjährigen Gauvorfesher Rosenlehner und wurde dessen Andenken in üblicher Weise geehrt. Sodann nahm Kollege Graßmann das Wort zu seinem Vortrag über: „Die augenblickliche Situation im Buchdruckgewerbe.“ Nachdem Redner die allgemeinen Verhältnisse im Gewerbe gestreift hatte, legte er ausführlich die Gründe dar, die zur Abänderung des § 4 des Organisationsvertrages geführt haben. Sodann befaßte sich Redner mit den Gegnern des ursprünglichen § 4 des Organisationsvertrages — Gutenbergbund, christliche Gewerkschaften, Arbeitgeber-Vereinigung für das Buchdruckgewerbe — und

schilberte dann das Zustandekommen der Paarung zwischen Gutenbergbund und christlichen Gewerkschaften. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam der Vortragende auf die bevorstehende Generalversammlung, wohl der wichtigsten seit Bestehen der Organisation, zu sprechen. Auf die Erhöhung der Unterstützungsätze eingehend, empfahl Redner, bei den Vorträgen Maß und Ziel zu halten und sich nicht durch das vorhandene Verbandsvermögen blenden zu lassen, das in Anbetracht der Verpflichtungen in bezug auf Unterstützungen gar nicht so hoch sei. Sodann legte er seine persönliche Ansicht über die jetzt allerorts aufgerollte Umzugsfrage dar. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Agitation. Sowohl Zentralvorstand als auch „Korr.“-Redaktion müssen verstärkt werden, um Kräfte frei zu bekommen, die mit den Mitgliedern in Fühlung treten. Dies sei um so notwendiger, als in den letzten Jahren für den Verband eine große Anzahl Mitglieder gewonnen wäre. Diese in die gewerkschaftlichen Ideen zu vertiefen, müsse unsere Hauptaufgabe sein. Zum Schluß streifte Redner die Sparten, über deren Daseinsberechtigung durch die fortschreitende Entwicklung des Gewerbes wohl kein Zweifel bestehe. Er bedauere den ausgebrochenen Streit zwischen den Sparten und dem Zentralvorstand. Die Wünsche der Sparten, Vertreter in den Vorständen zu haben, seien schon jetzt gang und gäbe. Ein doppeltes Recht könne nicht geschaffen werden. Die Spartenmitglieder müßten sich in erster Linie als Verbandsmitglieder fühlen. Das, was die Sparten bis jetzt erreicht hätten, sei in erster Linie der Gesamtorganisation zu verdanken. In der anschließenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Vortragenden aus. Hierbei wurde u. a. auch das „Korr.“-Obligatorium gestreift und der Beschluß der Hannoverischen Versammlung einer scharfen Kritik unterzogen. Es sei nicht zu verstehen, wie man den Vorwurf erheben könne, daß durch die Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ ein Keil zwischen die Buchdrucker und die übrige Arbeiterschaft getrieben würde. Das Gegenteil sei der Fall und könne diese Artikelserie nur aufklärend wirken. Bedauerlich ist es, daß die Versammlung kaum von der Hälfte der Mitglieder besucht war.

Plön i. Holst. Jede Schmutzkonzurrenz Übertrumpft hat von kurzer Zeit die Buchdrucker Richter & Munkelt in Lübben. Die Stadt Plön i. Holst. hatte nämlich in diesem Jahre zum erstenmale den Haushaltetat der Stadt, welcher in früheren Jahren ohne Ausnahme in der einzigen am Orte befindlichen Druckerei von D. Raven hergestellt wurde, öffentlich ausgeschrieben. Es bewarben sich um diesen Druckauftrag nur drei Druckereien und ein — Buchhändler. Verlangt wurden für den Etat (es sind 72 Seiten tabellarischer Satz auf Royalformat und eine Auflage von 500 Exemplaren) von der Firma Robert König (Leipzig) 500 Mark, D. Raven-Plön 472 Mk., Richter & Munkelt-Plön 430 Mk., und Buchhändler S. Schmalz-Plön, welcher den Etat mittels einer Schreibmaschine herstellen will, 200 Mk. Dem letztgenannten Bewerber wurde der Auftrag für den geforderten Preis von 200 Mk. erteilt. Schreiber dieser Zeilen glaubt, es wird wohl das erste und das letztemale sein, daß der Etat mit der Schreibmaschine hergestellt wird, denn wie er aus guter Quelle erfahren hat, soll dem Hersteller der Kopf schon wegen dieser Arbeit sehr schwer sein, und wie die Stadtväter nach der Fertigstellung mit dieser Glanzleistung zufrieden sein werden, bleibt abzuwarten. Hoffentlich werden sie schon gleich das erstmal turert, so daß sie im nächsten Jahre etwas mehr Verständnis zeigen werden und ihre Arbeiten nur an solche Firmen vergeben, die ihre Arbeiter anständig bezahlen.

Berlin. Am 29. Februar hielt der hiesige Ortsverein seine fällige Monatsversammlung ab, die auch von allen am Ort anwesenden Verbandskollegen besucht war. Die vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Aus dem Berichte des Vorstandes war zu entnehmen, daß sich der Mitgliederstand zu Anfang 1907 auf 7 Mitglieder, zu Ende 1907 auf 12 Mitglieder belief. Im allgemeinen war ein starker Wechsel der Mitglieder zu verzeichnen. Unter „Verschiedenes“ wurde der vom Ortsvereine Köthen eingebrachte Antrag zur Generalversammlung, Erhöhung der Unterstützungen betreffend, als unterstützungsfähig erklärt; mit einer Erhöhung der Beiträge konnte man sich aber nicht einverstanden erklären. Im Laufe des weiteren wurden noch verschiedene im „Korr.“ erschienene Artikel einer Besprechung unterzogen, und nach Aufforderung des Vorsitzenden, künftighin auch immer vollständig die Versammlungen zu besuchen, dieselbe mit einem kräftigen Hoch auf unsern Verband geschlossen.

Rundschau.

Wie der Berliner „Vorwärts“ der Wahrheit die Ehre gibt, hat er in bezug auf die in Nr. 29 des „Korr.“ gebrachte Notiz, „Vorbeigeklickt“ recht hübsch gezeigt. Nüchtern ist es nicht zu nennen, wie er sich aus der Klemme zu ziehen trachtet. Wir stellen fest und unter Beweis: In ihrer Nummer vom 2. März brachte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ die Mitteilung, daß eine von „zitra 300“ Mitgliedern unfers Verbandes in Dresden besuchte Versammlung mit 154 gegen 139 Stimmen an die Generalversammlung in Köln das Gesuchen richtete, „daß der „Korr.“ in Zukunft im Sinne der auf den deutschen Gewerkschaftskongressen und auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Stuttgart zur Stellung zwischen Gewerkschaft und Partei angenommenen Resolutionen redigiert wird.“ Am 4. März griff der „Vor-

wärts“ auf der dritten Seite seines Hauptblattes unter der Rubrik „Aus der Partei“ diesen fetten Spalten auf, und zwar in einer Weise, die an sich den Leser irritieren mußte und obenberei den Schauplatz nach Leipzig verlegt. In derselben Nummer machte sich aber auch (NB. auf der vierten Seite des Hauptblattes) der Redakteur für den gewerkschaftlichen Teil über das gedundene Fressen her, nannte ganz richtig Dresden als Versammlungsort, verschmieg jedoch den überaus schwachen Besuch und noch wohlweislich die klägliche Mehrzahl von 15 Stimmen für das sogenannte Mißtrauensvotum. Am 5. März wies aber schon die „Leipziger Volkszeitung“ darauf hin, daß die verschiedentlichen Meldungen von einer seitens der Leipziger Verbandsmitglieder gegen Redakteur gefaßten Resolution nicht zutreffen. Erst am 8. März (nachdem unsere eingangs erwähnte Notiz für Nr. 29 schon in Druck war) bequimte sich der Redakteur für Parteianordnungen des „Vorwärts“ dazu, mit sieben ebenso nichtsagenden wie widerprüchvollen Zeilen seinen Schreiber zu bemänteln. Es heißt da, es liege anscheinend eine Ortsverwechslung vor; im nächstfolgenden Satze wird aber bestimmt gesagt, daß die Dresdener Buchdrucker eine solche Resolution gefaßt hätten! In der Nummer vom 11. März fällt dann der gewerkschaftliche Redakteur des „Vorwärts“ über unsere Notiz in Nr. 29 her, verschwendet einige alberne Redensarten und verspricht einige Tropfen unschuldigen Giftes gegen unsern Kollegen Redakteur, geht um den Dresdener Tatbestand aber in weitem Bogen herum, um dann mit der entsehrlich faulen Ausrede das Ganze zu krönen, in jeder großen Tageszeitung mit einem starken Redaktionsstabe könne ein solcher „Zusatz“ passieren. Wenn solche Leistungen eine „homogene“ Redaktion vollbringt, ist der Wirrwarr bei andern, nicht über den einheitlichen Zeilen geschlagenen ja gar nicht abzusehen. Daß aber die „homogene“ bei Einmischung in Buchdruckerangelegenheiten ihre Wahrheitsliebe in so zweifelhaftem Licht erstrecken ließ und sich wiederum mit unsferlichem Ruhme besleckerte, ist unfre nicht geringe Genugtuung über diese „Affäre“.

40 Berliner Gutenbergbändler wiederum dem Verbands beigetret, lesen wir in einer augenscheinlich von Buchdruckerseite stammenden Notiz des Berliner „Vorwärts“. Wir finden es sehr bedauerlich, daß man den „Korr.“ nicht direkt und eher so schnell bedient als den „Vorwärts“. Wenn für das Verbandsorgan so wichtige Mitteilungen erst aus der Tagespresse geschöpft werden müssen, so ist das ein sehr betrüblicher Zustand, der auch einmal zur Sprache gebracht werden muß. Es ist, wie Figura zeigt, nicht unfre Schuld, wenn der „Korr.“ oft mit ganz bedeutenden Meldungen hintennach humpeln muß.

Vergeßlich seine Heilsbotschaft verkündet und mit „Kantener-Bestir“ abgezogen ist der „Korr.“ aus Werberbüchse. Die Spekulation, daß irgend in diesem Stadt für den Bund noch etwas zu holen, schlug also auch fehl, noch dazu am ersten Tage des März, der doch auch in Merseburg die Schläfer aufreißeln sollte. Aber es kamen nur fünf N.-N., die Herrn Hoffsch ruhig seinen Kübel über den Verband leeren ließen, in der ganz richtigen Annahme, daß ein Mann wie Hoffsch als Verbandszerstörer nur eine komische Figur ist.

Neue Tätigkeitsgebiete für Buchdrucker wollen Leute eröffnen, die jedenfalls einmal etwas haben dimmeln hören von der Wirkung der Segnmaschine, der Arbeitslosigkeit, der Gesundheitschädlichkeit und andern Schattenseiten in unserm Beruf. Ein Geschäftsinhaber L. Zintner in Nürnberg ist auch einer dieser Menschenfreunde, denn als er kürzlich einen Packer und Ausgeber in „Nürnberg Generalanzeiger“ suchte, unterließ er nicht zu bemerken, daß Buchdrucker bevorzugt würden. Dieser Buchdruckerfreund dürfte aber hell aufschauen, wenn ihm ein Kollege auseinandersetzen würde, daß wenn auch das Arbeitsverhältnis der Buchdrucker kein paradiesisches Dasein verheißt, es aber doch genügend Garantien und Imponderabilien bietet, die dem selbstherrlichen Standpunkte der Unternehmer in den meisten andern Gewerksweigen nicht konvenieren.

Konkurrenzöffnung: Berliner Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation.

Geinrich v. Molsberg ist im Gegenfage zu einer in Nr. 28 gebrachten, aus einem andern Fachblatt übernommenen Mitteilung ein noch lebender Nachkomme von Johannes Gutenberg. Der Genannte wohnt in Stuttgart, wie wir diese Korrektur auch einem Stuttgarter Kollegen verdanken.

Die Preise wieder herabgesetzt haben die französischen Schriftgießereien. Für Linien und Ausschlußmaterial beträgt die Preiserniedrigung 8 Pf., für Schriften, Entfassungen usw. 16 Pf., für Galvano 60 Pf. pro Kilo. Die erhöhten Preise haben etwa zwei Jahre bestanden.

Zeugnisszwang gegen einen Redakteur ist schon wieder einmal praktiziert worden. Aber keiner von der verruchten roten Notte, sondern der Redakteur, Verleger und Drucker der „Mieschower Zeitung“ hat vom Untersuchungsrichter eine Strafe von 50 Mk. andiktirt erhalten mit der Erwähnung, eventuell die zulässige höchste Haftstrafe in Anwendung zu bringen. Drei Monate Gefängnis sind ihm sowieso schon vom Landgericht in Weuthen wegen eines Streites, den der Amtsvorsteher und Polizeiverwalter mit seinem Stellvertreter hat, aufgebremmt worden. Nun soll er wegen eines andern Artikels in diesem Honoratorenangst den Zeugnisszwang erleiden, da der Herr Amtsvorsteher absolut seinen Gegner

direkt fassen will, selbst unter Benutzung des in allgemeinem Mißtraute stehenden Zeugniszwanges.

Einen Schaden von 175000 Mk. will ein Berliner Bankier durch verschiedene Artikel im Handelsteil der „Frankfurter Zeitung“ über eines seiner Unternehmungen erlitten haben. Vorsichtigerweise klagte er zunächst nur auf 4000 Mk. Schadenersatz. Er tat gut daran, denn sein Antrag wurde kostenpflichtig abgewiesen. Hätte er gleich auf Ertrag von 1%, Millionen Mark geklagt, würde er jetzt eine nette Kostenrechnung auf dem Halbe haben.

Die „Mülhäufer Volkszeitung“ hatte einem demokratischen Gemeinderatsmitglied die Vorhale gemacht wegen seiner die Stadt benachteiligenden Grundstücks-geschäfte. Folge: eine Verleumdungsklage. Resultat: Der verantwortliche Redakteur Jean Martin erhielt sechs Wochen Gefängnis, der widerklagende Gemeinderat 50 Mk. Geldstrafe.

Der Wahlrechtskampf in Preußen hat das schwedische sozialdemokratische Organ „Arbetarebladet“ zu einem Artikel veranlaßt. Die betreffende Nummer wurde jedoch kritisiert, der Redakteur in Unklagezustand versetzt und wegen Verleumdung des deutschen Kaisers zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es ist gerade kein günstiges Zeichen für das Ausland, wenn seine Justizleitung Majestätsbeleidigungsprozesse injiziert, wo das klassische Land der Majestätsbeleidigungen — Deutschland — eine wenn auch nur kleine Beschränkung dieser Art Prozesse hat eintreten lassen.

Die zweite Arbeitslosenzählung des Leipziger Gewerkschaftskartells hat eine noch schwächere Beteiligung der Organisationen aufzuweisen gehabt als die erste, auch schon sehr unvollständige vom 1. Februar dieses Jahres. Damals waren es 31, diesmal gar nur 25 Gewerkschaften, die der vom Gewerkschaftskarteil veranstalteten Statistik Verständnis und Interesse entgegenbrachten. Durch das Hinzukommen einiger größerer Organisationen ist allerdings der erfaßte Personenkreis ein umfangreicherer geworden, nämlich 45359 gegenüber 33220. Von der Gesamtzahl waren nach der Zählung vom 29. Februar 4,75 Proz. arbeitslos, gegen 5,80 Proz. bei der erstmaligen. Diesmal haben die Steinarbeiter mit 55,24 Proz. und die Glaser mit 40,75 Proz. die meisten, die Fabrikarbeiter mit 0,66 Proz. die wenigsten Arbeitslosen aufzuweisen, einige kleinere Gewerkschaften überhaupt keine. Das graphische Gewerbe ist erfreulicherweise in beiden Erhebungen vollständig vertreten. Eine Gegenüberstellung der Arbeitslosenzahlen vom 29. Februar mit denen vom 1. Februar ergibt folgendes Bild: Buchdrucker 2,43 (2,19 Proz.), Buchdruckerhilfsarbeiter 1,42 (1,24) Proz., Lithographen und Steindruckere 4,97 (4,74) Proz., Buchbinder 0,94 (1,70) Proz. Zu verkürzter Arbeitszeit wird in verschiedenen Berufen gearbeitet. — Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt selbst zum Schluß dieser statistischen Darlegungen: „Bedauerlich ist, daß die Zahl der Gewerkschaften, die sich an den Arbeiten der Statistik beteiligten, zurückgegangen ist. Der Umstand, daß noch über die Hälfte der Gewerkschaften gar kein Interesse an diesen Erhebungen erkennen läßt, scheint auf mangelndes Verständnis für die Wichtigkeit der Sache zurückzuführen sein.“ Wir meinen, das ist noch sehr gelinde gerurteilt, da man doch sonst an die Leipziger Arbeiterklasse ein so hohes Maßstab anulegen pflegt. Ungeachtet dieses bescheidenen Resultates muß man sich aber fragen, mit welchem Rechte noch Stadtverwaltungen (siehe die Berlin betreffende Notiz in voriger Nummer) ein Votumur gemacht werden kann, wenn sie von Arbeiterseite kommende Wünsche nach Vornahme von Arbeitslosenzählungen ablehnen, da doch Arbeiter selbst ein so äußerst geringes Verständnis für eine sie recht nahe berührende Angelegenheit an den Tag legten, und das nicht einmal nur.

Ein deutsches Gewerkschaftskarteil in Paris ist von den in der französischen Hauptstadt bestehenden deutschsprechenden Sektionen der französischen Gewerkschaften gegründet worden. Deutschsprechende Arbeiter soll es zurzeit in Paris eine bedeutende Zahl geben. Dem deutschen Gewerkschaftskarteil traten bisher bei die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Gastwirtschaftlichen, Sattler, Portefeuliere; im Begriffe dazu stehen die Handelsangestellten und Schneider. Die Internationalität der Gewerkschaftsbewegung kann mit dem in Paris stattgehabenen Vorgang ein bemerkenswertes Zeichen ihrer Entwicklung verzeichnen.

Die Wirkungen des Handwerkergesetzes sind Anfang des Jahres 1905 durch amtliche Erhebungen festgestellt, vom Reichlichen Statistischen Amt bearbeitet und nun in Gestalt einer umfangreichen Denkschrift herausgegeben worden. Das Handwerkergesetz bildet bekanntlich eine große Enttäuschung.

Ein Reichshandwerkerrat herauszugeben, wurde im bayrischen Landtage beschlossen. Von unserm gewerblichen Standpunkte wird man nichts, unter dem Gesichtspunkte des allgemeinen Bedürfnisses alles dagegen einwenden können, denn das „Reichsarbeitsblatt“ genügt vollst.

Verschohen ist die zweite Lesung des Reichsvereinsgesetzes, weil beglücklich des Sprachenparagrafen in der längeren Pause zwischen Beendigung der ersten und Beginn der zweiten Lesung keine Verständigung zwischen Regierung und den gegen den § 7 sich wendenden Parteien erzielt werden konnte. Die Regierung wird hoffentlich auf die Anwendung der preußischen Polenpolitik im Reichsvereinsgesetz verzichten müssen. Es liegt alles bei den freimüthigen Parteien.

Auf der ganzen Linie Zurückweisung gefunden hat der neue Minister für Sozialpolitik mit seinem Arbeitskammergesetzentwurf. Sechs Wochen lang ist nun diese Vorlage von allen Seiten der Kritik ausgesetzt gewesen, und die selb vernehmlich aus — von allen Seiten. Es dürfte an einem Beispiele fehlen, daß ein sozialpolitischer Gesetzentwurf allenthalben solchen Widerspruch gefunden. Wir bringen noch folgende Beurteilungen: Die 70000 Mitglieder zählenden Vereine der technischen Angestellten haben auf einer Delegiertenversammlung in Berlin mit aller Entschiedenheit erklärt, daß die Gesetzesvorlage nach keiner Richtung den Erwartungen entspricht, die die technischen Angestellten auf eine gezielte geordnete Interessenvertretung der Arbeitnehmer gesetzt haben. Die vorgesehene sachliche Sicherung sowie die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften machten den Entwurf auch für die technischen Angestellten völlig unannehmbar. Dazu komme das total verfehlte Wahlverfahren, das ein wirkliches Interesse der Arbeitnehmer an diesen Kammern von vornherein ausschließt. Die vorgesehene Vertretung der technischen Privatangestellten sei nach diesem Entwurf völlig problematisch. Was nun die drei Gewerkschaftsrichtungen selbst anbelangt, so sei kurzgefaßt gesagt, daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften erst kürzlich auf einer Konferenz von den Arbeiterkammern abgenommen sind und nun für Arbeitskammern eintreten, der Regierungsentwurf aber von ihnen als unannehmbar bezeichnet wurde. Sie verwerfen die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften, verlangen gleiches und direktes Wahlrecht vom 21. Jahre an mit obligatorischen Verhältniswahlen unter Einschluß der Arbeiterinnen beim aktiven wie passiven Wahlrechte. Die Reichs- und Staatsbetriebe sollen in das Gesetz einbezogen und für die Landwirtschaft und das Handelsgewerbe ebenfalls Arbeitskammern errichtet werden. Die christlichen Gewerkschaften sind in ihrer Minderheit sogar für Arbeiterkammern, allgemein aber lehnen sie den vorliegenden Entwurf ab. Die unmögliche Trennung der Handwerks- und Fabrikbetriebe, der verfehlte Aufbau, das famose Wahlverfahren, die Ausschließung vieler Arbeiterkategorien sind auch für sie unannehmbar. In der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ wendet sich Wiesberts namentlich noch dagegen, daß die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer vollständig von der Mitwirkung an den Arbeitskammern ausgeschlossen seien und sagt: „Mit einem bürokratischen Institute, das den schönen Namen „Arbeitskammer“ trägt und fern von dem frisch pulsernden Leben der Organisationen steht, ist den Arbeitern nicht gebietet.“ Und die freien Gewerkschaften? Es bedarf nach dem Vorausgeschickten nicht vieler Worte. Es sind dieselben schweren Ausstellungen, die sie an der Vorlage zu machen haben. Prinzipiell ist ihre Kritik aber weit schärfer. Denn sie fordern laut Rührer-Gewerkschaftslongenschluß selbständige Kammern für die Arbeiter; wie sie für die Arbeitnehmer in den Handels-, in den Handwerks- und in den Landwirtschaftskammern bestehen. Den Arbeitern kommt man aber nun mit einem solchen Monstrum von gesetzlicher Vertretung, das selbst die schlimmsten Befürchtungen überbietet. Die Regierung habe durch eine am 30. Juni 1904 im Reichstage durch den Grafen Posadowsky abgegebene Erklärung zwar zu erkennen gegeben, daß sie eine paritätische Zusammensetzung der Kammern vorschlagen werde, damals wollte sie dieselben aber wenigstens auf der Grundlage der Gewerbegerichte auf- und weiterbauen. Jetzt entpuppt sich die gesetzliche Vertretung der Arbeiter aber als eine Industriekammer, als ein Unterorgan der bei den Arbeitern nicht in bestem Rechte stehenden Unfallversicherungsorganisationen. Fürwahr eine nette Entwicklung! Der Vater dieses miktrenen Kindes, Herr v. Bethmann-Hollweg, hat denn auch am 4. März im Reichstage mit einem gewissen Galgenhumor zugegeben, die Kritik habe sich ziemlich reichhaltig über diesen seinen Gesetzentwurf hergemacht. Er habe aber die Stimmung der öffentlichen Meinung darüber kennen lernen wollen. Diese Ansicht des neuen sozialpolitischen Ministers dürfte in der Tat vollst erreicht sein. Er verteidigte die Vorlage gewiß nach seinen besten Kräften, wobei ihm die Sache nicht gerade erleichtert wird durch einen Vergleich mit seinem Vorgänger Posadowsky, der ganz anders seine Absichten vorzutragen und von denselben zu überzeugen verstand. Auerkennenswert war der Eifer Bethmann-Hollwegs, mit dem er sich gegen den Verdacht wehrte, die Reichsregierung stände unter der Patronage des Zentralverbandes deutscher Industrieller und dieser habe auch zu der in Frage stehenden Vorlage sein Placet gegeben. Was das für diesen Fall auch nicht so zutreffen, dieser Zentralverband hat aber schon oft genug zu verstehen gegeben, wie gefährlich er für das Fahrwasser der deutschen Sozialpolitik ist. Herr v. Bethmann-Hollweg sprach nur für seine Person, denn nicht einmal der Bundesrat hat schon Stellung genommen zu dem Arbeitskammergesetzentwurf. Die Aufgaben der Arbeitskammern steck' der Staatssekretär gerade weit genug. Natürlich sollen sie in erster Linie auf dem Lohn- und Tarifgebiete tätig sein, was, wie schon erwähnt, in die Interessensphäre der Gewerkschaften und Tarifgemeinschaften eingreift, weshalb diesem Gesetzentwurf auch große Aufmerksamkeit zuzuwenden ist. Die Arbeitskammer soll nach Bethmann-Hollweg das allgemeine Sprachrohr für alle Wünsche der Arbeiterschaft sein. Der Entwurf tut, wie dargelegt, alles, daß die Arbeitskammern dieser Bestimmung nicht gerecht werden können. Eine lebensfähige Organisation nach dem Wunsche ihres Urhebers können sie nicht werden, wenigstens jetzt, nach dieser Vorlage nicht. Das Wahlverfahren scheint Bethmann-Hollweg selbst nicht sehr zu imponieren. Die

Arbeiterausschüsse hofft er dadurch aber obligatorisch machen zu können und gleichfalls auf eine höhere Stufe zu bringen. Die Weisiger in den Versicherungsanstalten als der andre Teil der Wahlmänner scheinen ihm ebenfalls wenig ein Ideal zu sein. Von einem Wahlssysteme wie zu den Gewerbegerichten und der unmöglichen Trennung der Arbeiter nach Handwerks- und Fabrikbetrieben aber kein Wort. Für das Buchdruckgewerbe gebent man zwei Arbeitskammern (in Leipzig und Stuttgart), möglicherweise auch vier zu errichten. Also viceam consules! Herr v. Bethmann-Hollweg will in den Arbeitskammern keine Ja- und Amenfager, aber auch keine konsequenten Neinfager. Zu dem Entwurfe für Arbeitskammern hat er aber lauter-Neinfager gefunden, und das zwar durch seine Schuld allein.

Eingänge.

Haberlands Unterrichtsbriefe für das Selbststudium der englischen Sprache. Mit der Aussprachebezeichnung des Weltlautschriftsystems (Association phonétique internationale) von Prof. Dr. Thiergen und A. Clay. II. Kursus. Brief 21 bis 25. Preis je 75 Pf. Verlag: C. Haberland in Leipzig-R., Glienburgerstr. 10 11.

Für Alle Welt, vereinigt mit „Zur guten Stunde“, illustrierte Zeitschrift mit der Abteilung Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57 und Leipzig. Heft 13 des XIV. Jahrganges. Jährlich erscheinen 28 Hefte à 40 Pf.

In Freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XII. Jahrgang. Heft 4 bis 6. Preis pro Heft 10 Pf.

Gestorben.

In Nachen am 8. März der Drucker Joseph Kommer-scheidt aus Stolberg, 21 Jahre alt.

In Ohrweiler der Seher Bernhard Stewen aus Neudlinghausen, 50 Jahre alt — Lungentarrh.

In Berlin am 27. Februar der ehemalige Buchdruckerbesitzer Albert Lewent.

In Frankfurt a. M. am 5. März der Seher Gustav Hofmann, 72 Jahre alt — Arterienverkalkung.

In Hamburg am 8. März der Drucker G. Kirchhoff aus Rannstadt, 23 Jahre alt.

In Krefeld am 5. März der Seher Jean Küsters aus St. Ebnis, 28 Jahre alt.

In Leipzig am 6. März der Buchdruckerbesitzer Julius Robert Plinkhardt; am 8. März der Drucker Kurt Hellmuth, 25 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 10. März der Faktor Emil Wiesch, 59 Jahre alt.

In Lübeck am 7. März der Seher Paul Knaack aus Schwaan, 24 Jahre alt.

In Ludwigsfelde a. M. am 8. März der Seher invalide Hermann Reuhof aus Leipzig, 50 Jahre alt.

In Offenbach a. M. am 2. März der Seher Karl Müller, 34 Jahre alt — Magenblutung.

In Würzburg am 10. März der Seher Hans Brandl, 41 Jahre alt — Schlagfluß.

In Zwickau am 10. März der Seher Albin Bruno Gatter aus Rahnau bei Zittau, 30 Jahre alt.

Briefkasten.

D. S. in Ufersleben: Ist Geschwäh. — A. Z. in Leipzig: Ist uns leider nicht bekannt. — G. D. in Oestl: Ist inzwischen unter „Kundschaun“ verwandt worden. — W. H. in Br.: Aus ardenweitem Urwand noch um eine Nummer hinausgeschoben. — C. M. B. in Nachen: Wird aufgenommen; aber Sie sehen doch, daß der Stoff ein außerordentlich reiches ist, so daß eben jeder Einzelner von Artikeln etwas warten muß. — F. G. in Würzburg: 4,30 Mk. — B. B. in Stolberg: 3,30 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 18, I. Fernsprechamt VII, 11191.

Erzgebirge-Vogtland. Die Urabstimmung über den abzuhaltenden Außerordentlichen Goutag vor der Verbandsgeneralversammlung ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden 970 Stimmzettel, davon 1 weiß, 1 un-gültig. Für die Abhaltung stimmten 656, dagegen 312. Demzufolge wird der Außerordentliche Goutag in Zwickau abgehalten. Das Datum desselben und die Tagesordnung wird den Gaumitgliedern in nächster Zeit bekanntgegeben werden.

Offen. Der Seher Heinrich Hendricks aus Ruhrort wird ersucht um umgehende Begleichung seiner Verbindlichkeiten an W. Adamczewski, Salkenbergsweg 2, andernfalls Aus-schluß erfolgt.

Sangerhausen. Der Seher Gustav Schelle aus Leipzig (Hauptbuchnummer 65 627) wird hiermit ersucht, den Rest seines hier erhaltenen Vorschusses umgehend an den Kassieren Werner, Schloßgasse 23, zu senden, event. weitere Schritte gegen ihn unternommen werden. Die verechl. Funktionäre werden gebeten, Schelle hierauf aufmerksam zu machen.

Bezirk Koburg. Mit dem 1. April tritt das in der ordentlichen Bezirksversammlung in Meiningen am 16. Februar beschlossene Bezirksreglement in Kraft und damit die Erhöhung des wöchentlichen Beitrages von 5 auf 10 Pf. für jedes Mitglied. Der erhöhte Beitrag wird zum erstenmal am Sonnabend, den 4. April, erhoben.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 14. März 1908.

Anzeigen kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.; Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 31.

Adressenveränderungen.

Bezirk Duisburg. Vorsitzender: B. Hübner, Friedrich-Wilhelm-Straße 76; Kassierer: S. Wimar, Neudorfer Straße 7.

Bezirk Landau (Pfalz). Vorsitzender: Anton Sauer, Königstraße 62.

Duisburg. Vorsitzender: B. Hübner, Friedrich-Wilhelm-Straße 76; Kassierer: Kap. S. Scharf, Moltkestr. 21.

Karlsruhe. (Maschinenvereine für den Bezirk Karlsruhe.) Vorsitzender: Wilhelm Philipp, Luisenstraße 62; Kassierer: R. Fischer, Morgenstraße 24.

Ludwigshafen-Mannheim. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Bruno Keller, Mannheim, Fröhlichstr. 27, II; Kassierer: F. Winkel, Ludwigshafen, Schillerstraße 37.

Neustadt a. S. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Albin Weidroth, Sauterstraße 70; Kassierer: Karl Bominzky, Gymnasialstraße 53.

Saarlouis (Saar). Vorsitzender: Heinrich Schuh, Bisborfer Straße 13, III; Kassierer: Franz Pecina, Brauereistraße 1.

Würzburg. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Franz Gaier, Bahnhofstraße 12; Kassierer: Heinrich Drehm, Fabrikstraße 11, I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einnwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In **Warmen** die Seher I. Reinhold Schlichter, geb. in Warmen 1889, ausgl. daf. 1908; 2. Karl Emil Oswald Spig, geb. in Wuerbach (Wogtl.) 1888, ausgl. in Falkenstein (Wogtl.) 1906; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Korrektor Eduard Wietlich, geb. in Bielefeld 1864, ausgl. daf. 1883; war schon Mitglied. — Otto Müller, Falkenstraße 54B.

In **Wohum** der Seher Ernst Otto Schmidt, geb. in Leipzig-Blagwitz 1877, ausgl. in Leipzig 1895; war noch nicht Mitglied. — H. Eick, Döberstraße 14.

In **Grevesmühlen** der Seher Max Oebrecht, geb. in Hamburg 1885, ausgl. in Schwann 1904 war; schon Mitglied. — B. Dahnde in Schwerin, Mühlstr. 32.

In **Köln** die Seher I. Ernst Köster, geb. in Alene

1873, ausgl. 1891; 2. Adam Schläffer, geb. in Köln 1887, ausgl. 1905; 3. Heinrich Wenzel, geb. in Köln 1890, ausgl. 1908; 4. Johann Wenh, geb. in Deme-rath 1885, ausgl. in Daun 1904; 5. der Drucker Fern. Stopp, geb. in Klautthal i. S. 1888, ausgl. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — F. Möller, Severinstr. 199.

In **Landau (Pfalz)** der Seher Max Weber, geb. in Karlsruhe 1876, ausgl. daf. 1895; war schon Mitglied. — Anton Sauer, Königstraße 62.

In **Leonberg** der Seher Alois Gaugenrieder, geb. in Zusmarshausen b. Augsburg 1889, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In **Stuttgart** der Drucker Karl Mehrle, geb. in Erodteilingen b. Vöppingen 1889, ausgl. in Stuttgart 1908; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

In **Buda I.** der Seher Karl Meier, geb. in Erfurt 1885, ausgl. daf. 1903; 2. der Drucker Anton Dietrich, geb. in Wargen 1861, ausgl. in Konstanz 1881; waren schon Mitglieder. — E. Sturm in Ultenburg, Adelheidsstraße 14, II.

In **Meerane** der Seher Franz Hofmann, geb. in Böhneck 1866, ausgl. daf. 1886; war schon Mitglied. — In **Plauen** der Schweigerbeben Christian Raßinger, geb. in Augsburg 1886, ausgl. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — E. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41, II.

In **Münster** die Seher I. Heinrich Grothaus, geb. in Münster 1876, ausgl. daf. 1895; war schon Mitglied; 2. Joseph Vogel, geb. in Paderborn 1877, ausgl. daf. 1897; 3. Joseph Diehl, geb. in Bippfpringe 1889, ausgl. in Münster 1908; waren noch nicht Mitglieder. — E. Kosmeier in Münster i. W., Magimilianstraße 34.

Arbeitslosenunterstützung.

Essen. Dem Seher Anton Kamrowski aus Altenessen (Hauptbuchnummer 17367), welchem nach seiner Angabe das Buch in Laden gestohlen wurde, ist ein neues Buch (Rheinland-Westfalen 6801) ausgestellt worden. Das alte Buch ist demjenigen, der es vorzeigt, abzunehmen und an Kollegen Adolf Meyer, Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, einzuliefern.

Versammlungskalender.

Apenrade. Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale („Stadt Hamburg“).

Augsburg. Maschinenvereine Versammlung Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, im „Bürgergarten“.

Berlin. Maschinenvereine Versammlung Dienstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Westb. Poststraße 20.

Borna. Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zimmerhof“.

Bremen. Bezirksversammlung Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Faulenfr. 58/60.

Breslau. Generalversammlung Sonntag, den 15. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstraße.

Bromberg. Bezirksrat Sonntag, den 22. März, vormittags 11 Uhr, im „Bismarck-Schützenhaus“. Von 2 Uhr ab: Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.

Dessau. Bezirksversammlung Sonntag, den 5. April. Anträge sind bis zum 17. März an den Bezirksleiter einzu-reichen.

Euskirchen. Versammlung heute Samstag, den 14. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokale beim Gastwirt Wilhelm Punt Schürstraße.

Frankfurt. Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale St. Egidienstr.

Gladbach. Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale St. Egidienstr.

Halberstadt. Bezirksversammlung Sonntag, den 5. April, vormittags 11 Uhr, in Bernigerode. Anträge sind bis zum 21. März zu stellen.

Hamburg-Altona. Vorstandssitzung Montag, den 16. März, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Weidenbinderhof 57.

Hamburg-Wilhelmsburg. Versammlung Sonntag, den 21. März, abends präzis 8 1/2 Uhr, bei Ernst Rissenhop, 1. Bergstraße 7.

Heide i. Holst. Ordentliche Versammlung heute Sonntag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur Krone“ (St. Marien).

Ludwigshafen-Mannheim. Maschinenmeister-versammlung heute Samstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Brig. Mart“, H. 3.

Mainz. Bezirksversammlung Sonntag, den 15. März, im Vereinslokale „Brauhaus zum Gutenberg“.

Necklinshausen. Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 9 Uhr, im Vereinslokale.

Niederrhein. Ueberordenliche Generalversammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Hoppe, Fernamstraße.

Söllingen-Wald. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, in Söllingen bei Wietshoff.

Wittenberg. Bezirksversammlung Sonntag, den 22. März, vormittags 11 Uhr, in Liebenwerda (Büchners „Gewerkschaftshaus“). Alles Weitere durch Zirkular.

Gewandte Seker

für tabellarischen und Werksatz von einer deutschen Druckerei Russlands zu tarif-liehen Bedingungen in dauernde Stellung gesucht. Kenntnis der russischen Sprache erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Den Offerten wolle man Zeugnisabschriften beifügen. **Buchdruckerei des „Rigaer Tageblatt“, Riga, Domplatz 5. [577]**

Züchtiger, korrekter Seker gesucht

zum sofortigen Eintritt. Bezahlung nach Tarif. Stellung dauernd. Werte Offerten mit Zeug-nissen erbeten an **Albin Klein, Viechen. [583]**

Leipzig.

Erster Stereotypenur, mit Primazeugnissen, in allen Arbeiten der Kunst-der Galvanoplastik erfahren, sucht sich in entsprechende Stellung zu verändern. Werte Offerten unter Nr. 568 an die Geschäftsstelle b. Bl. erbeten.

Arbeitsuchende

erhalten den **Graphischen Arbeitsmarkt** bereits 5 Stunden nach Aufgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags durch alle Postämter des Deutschen Reiches zum Bezugspreis von 2 Pf. pro Monat. Verbergen, Werteslosfallen, Ver-schweigen von Buchdruckern wird das Abonnement zurückgeführt.

„Buchdrucker-Woche“
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6. [487]

Wir suchen zu baldigem Antritte einen tüchtigen, verlässlichen, nicht zu jungen **ersten Galvanoplastiker und Stereotypenur.**

Angebote mit Zeugnisabschriften u. Gehalts-forderungen erbeten.

Druckereivereinschaft Hartung & Co. m. b. H. (vormals Richter) in Hamburg. [574]

Obermaschinenmeister sucht als solcher oder als **Rotationsmaschinenmeister** Stellung. Suchender ist bew. in sämtlichen Systemen, gleichzeitig perf. Stereotypenur, sauberer Werks-, Illustrations- und Flach-drucker, sicherer Disponent. Ausf. Refer. zu Diensten. Werte Offerten erbeten an **F. Rotermund, Bochum, U.-D.-C.-Straße 1, I.**

Züchtiger **Schriftgießer** für amerik. Hohlstegmaschine erhält sofort dauernde Beschäftigung. **Schriftgießerei Emil Gursch, Berlin SW 29, Oneisenstraße 27. [555]**

Vorlagen

für mustergültige Druckfäden, die in der Praxis auch wirklich ausführbar sind, ent-wirft regelmäßig die B.-W.-G. „Buch-drucker-Woche“, Berlin. Bezugspreis nur 1 Mk. pro Vierteljahr (28 Nummern). Be-stellungen bei der Postämtern. [542]

Nächste Vorlagentafel:
Ein Reklamanziegenentwurf.
Geeignete Entwürfe werden jederzeit angekauft.

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdrucker-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

Cigarren

Reellste Fabrikate.
Billigste Engrospreise!

Kl. Mexiko	100 St.	2,85 Mk.
Viktoria (Manillafagone)	„	3,50 „
Cabinet	„	3,60 „
Leon	„	4,50 „
La Flor	„	5,- „
Las Divina	„	5,50 „
Flor de Nipe	„	6,- „

400 Stück franko Nachnahme.

Czollek & Gebale

Zigarren-Engros, Berlin O., [686]
Neue Promenade 7, I. Etage.
Nur I. Etage. Preisliste franko! (Köln Laden.)



Rohrkörbe

aus ganzen Rohrstangen gearbeitet, billigste für jeden Wirtschaftsbetrieb, dreimal länger haltbar als Weidenkörbe, dabei leicht und ansehnlich. Kaufen direkt von der Rohrkorb-fabrik **Julius Trethar, Grimma 626.**

Buchdruckerkitel

aus gutem Köper Nowa 110 120 130 140 cm lang
Achselabschluss 2,85 2,50 2,76 2,90 Mk.
aus Prima Köper Nowa) 2,90 8,10 8,25 8,40 Mk.
aus gestreift Regatta)

Wurzel & Co., Berlin, Brückenstr. 13.
Fabrik für Berufskleidung. [815]

Vergessen Sie es nicht!
Lehmann & Assmy
Tuchfabrik, Spremberg 67
verkauft direkt ab Fabrik [198]
Anzug-, Paletot-, Hosen- und Westenstoffe jedes Maß an Private zu unerreicht billigen Preisen.
Muster an Jedermann frei!



Erstklassige Fahrräder

und Zubehör, liefert billigst, auch auf Teilzahlung. Ver-treter gesucht. Katalog gratis, Hans Grome & Co., Einbeck 261.

Auflösungspasta „Lipja“.
Besondere Schrift, die jahrelang gestanden hat, gleichwohl als neue oder alte Schrift ober Stereotypische, wird rasch damit gelöst und läßt sich leicht ablegen. Pro Flit 4 Mk. [481]
D. Marxhauer, Leipzig, Neudorfer Str. 21.

Broschüre Reines Konversations-Lexikon, 5 Bände 24 Mk., sowie alle anderen Werte liefert gegen Bezahlung monatliche Teilzahlung **H. Wilhelm, Berlin, Oranien-burg-Str. 10.** Spezial den Deutschen Kollegen empfehle mich zur Sicherung von Sachliteratur. Prospekte zu Diensten! — Sol-len als Vertreter gesucht! [199]

Regelmäßige Mitteilung von **Verlobungen** wird honoriert.

Oppermanns Verlobungsanzeigen
Berlin, Kantstraße 99. [567]



Meinel & Herold
Garmontfabrik
Allingenthal (Sa.) 6/M.
Direkt Bezugspreis für
2 8 4/8, 8/8, 1 2 8/8, 1 2 8/8.
Aug-Darmonitas
in über 160 versch. Nr.
Bandonions, Gitarren,
Hörnern, Geig., Clarinas
Mundharmon., Dreifach, ac.
6026 amt. begl. u.
Danksch. Katalog frei.

Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Sonnabend, den 21. März:

Zwölftes Stiftungsfest

im „Böhmischen Brauhaus“, Landsberger Allee 11—13.

Mitwirkende:

Neues Tonkünstlerorchester und Steidls Hamburger Sängcr.
Eintrittspreis: Für Mitglieder und deren Damen frei (Mitgliedsbuch legitimiert). Gäste: Damen und Herren 50 Pf.

Billets sind zu haben bei den Kommissionsmitgliedern und auf der Saalöffnung 7½ Uhr. Verwaltung beim Kollegen TESKE. Anfang 8½ Uhr. Um recht rege Beteiligung bittet Die Vergnügungskommission.

Verkehrsverbindungen:

Straßenbahn: Linie 1, 2, 4, 56, 64, 65, 81, Hohen-Schönhausen—Waßmannstraße. [464]
Omnibus: Linie 8. — Stadtbahnhof: Landsberger Allee.

Vereinigung der Schriftsetzer, Stereotypen u. Galvanoplastiker des Gaus Rheinland-Westfalen, Sitz: Essen-Ruhr.

Sonntag, den 5. April, vormittags 10½ Uhr, in Düsseldorf:

Zweite Quartalsversammlung (Außerord. Generalversammlung).

Anträge sind bis zum 21. März an den Vorsitzenden einzureichen. Lotal und Tagesordnung wird den Mitgliedern durch Zirkular bekanntgegeben.

Einen zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand. [572]

Leipzig.

Dienstag, den 17. März, abends 6 Uhr:

Versammlung der Handsetzer (Verbandsmitglieder) im Etablissement „Schloßkeller“, L.-Kreuznik.

Tagesordnung:

1. Die Rechtsprechung des Tarifamtes in Sachen des § 83 des Deutschen Buchdrucker-tarifgesetzes. 2. Diskussion hierzu.

Die Rechtsprechung des Tarifamtes in Sachen des Umbruchgelbes fordert zur Stellungnahme der Berechner heraus. Die neueste Kommentierung des Tarifamtes bezüglich des Umbruches bedeutet eine Schädigung der Interessen der berechnenden Setzer im höchsten Grade, deshalb ist es Pflicht der Berechner, volkshäßig in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer: Alfred Böhnke.

HyB Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Heute Sonnabend, den 14. März, abends punkt 9 Uhr, im Vereinslokale „Zur Karlsburg“, Schoponstehl 1:

Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen und Stellungnahme zur Generalversammlung des Verbandes in Köln; 2. Kassenbericht; 3. Technisches; 4. Bericht des Vergnügungsausschusses und Geldbewilligung; 5. Verschiedenes.

Die in Händen der Mitglieder befindlichen Fragebogen bitten wir baldmöglichst auszufüllen und an den Vereinsboten, Kollegen Dreher, oder in der Versammlung abzuliefern; außerdem möchten wir die Mitglieder ersuchen, in Zukunft möglichst regelmäßig und vor allem auch etwas pünktlicher zu den Versammlungen zu erscheinen.
Der Vorstand. [578]

Für die Lehrlings- und Gehilfenprüfungen!

Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten.

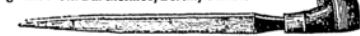
Für die Lehrlings- und Gehilfenprüfungen im Buchdruckgewerbe eingerichtet, nebst einer Ordnung für die Gehilfenprüfungen.

Herausgegeben unter Zustimmung und Mitwirkung des Deutschen Buchdrucker-Vereins.
Serie I: Der Schriftsetzer. Serie II: Der Drucker.

Jeder Band gebunden 2,50 Mk.

Verlag von Julius Mäser in Leipzig-R.

Stichel u. Messer f. Tonplattenschnitt. Katalog gratis! Th. Bartholmes, Berlin, Oranienst. 136.



Karl Nagel aus Trier, gib Deinem Bruder alsbald Nachricht! Besonders liegt nicht vor. [569]
Wilhelm Nagel, Mech, 18, Gaudonstraße.

Riedorf.
Restauration August Dendelmann
Vertinerstraße 105. [235]
Treffpunkt f. Buchdr. Gut Bier. Ia. Bouillon.
„Korr.“, „Nitzsche“ u. „Woch“ liegen aus.

F. S. Emil Schmidt, Berlin
Lindenstraße 3, zweiter Hof parterre.
Große Vereinszimmer (bis 120 Personen) für Truderei und Werkstättenversammlungen. Vorzügliche Speisen und Getränke. [674]

Julius Meyer, früher Augustin
Berlin, Oranienstr. 103, u. d. Lindenstraße.
Saal (200 Personen) & Vereinszimmer.
Mittagstisch 90 Pf. mit Bier. Tel.: Amt IV 5752

Gastwirtschaft Imhoff

Köln am Rhein, Perlengraben 36.
Logis — 40 Pf. — Für Ferienbesende:
Zimmer mit zwei Betten à 75 Pf. u. 1 Mk.
Zimmer allein 1,25 Mk. und 1,50 Mk.

Gasthaus „Stadt Hannover“

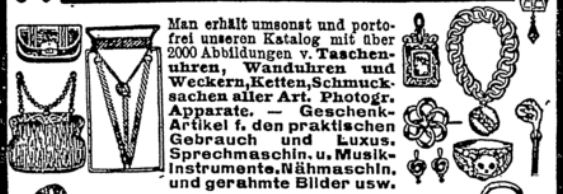
Leipzig, Seeburgstrasse 25
empfiehlt einzelne Zimmer von 1 Mk., saubere Betten von 50 Pf. an. Mittagstisch 50 Pf. Gesellschaftsz. zu Versammlungen, neue Kegelbahn, à Abend 1,50 Mk. „Korr.“ liegt aus. W. Spiess sen. [812]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara vorw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 43
Liefer franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Am V. D. B. (Met.) Wir halten fest und treu zusammen.) 25 Stück 1 Mk. Einzeln 10 Pf. Preis des Journalisten. Ein Lehr- u. Handbuch für Schriftsetzer, Journalisten und Redakteure. Von Joh. Freytag. 4 Mk. Der Faktor. Stiftdruck für Faktoren. Geb. 4 Mk.

Das grösste Geschäft ist die beste Bezugsquelle.



Man erhält umsonst und portofrei unseren Katalog mit über 2000 Abbildungen v. Taschenuhren, Wanduhren und Weckern, Ketten, Schmucksachen aller Art. Photogr. Apparat. — Geschenkartikel f. den praktischen Gebrauch und Luxus. Sprechmaschine u. Musikinstrumente, Nähmaschine, und gerahmte Bilder usw.

Wir liefern auf Teilzahlung

Der Besteller bekommt sofort die Ware, die er wünscht, und die Bezahlung geschieht in monatlichen Raten.

Wer einmal so gekauft hat, macht es stets wieder so. Siehe folgenden beglaubigten Bericht des öffentlich angestellten beidseitigen Bücher-Revisors und Sachverständigen F. GORSKI in Berlin:

Ich bescheinige hierdurch, dass von 1000 (tausend) bei der Firma Jonass & Co., G.m.b.H., Berlin, nacheinander eingegangenen Aufträgen 574 von Käufern herrührten, welche bereits früher von der Firma Waren bezogen hatten; ich habe mich hiervon durch Prüfung der Bücher und Beläge überzeugt.
F. Gorski, beidseitig. Bücherrevisor u. Sachverst.

Tausende beglaubigte Anerkennungen. — Hunderttausende Kunden. —

Jährlicher Versand über 25 000 Uhren. Zusend. des Katalogs umsonst u. portofrei.

Jonass & Co., Berlin SW. 247.

Belle-Alliance-Strasse 3
Vertrags-Lieferanten vieler Vereine.
Gegründet 1889

Öffertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des „Korr.“ (Rohrad Giesler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Öffertenbriefe ohne Freimarke können nicht beordert werden. Die Geschäftsstelle des „Korr.“

Am 8. März verstarb nach kurzer Krankheit unser wertvolles Mitglied, der Drucker **Joseph Kommerscheidt** aus Stolberg, im Alter von 21 Jahren. Sein Andenken wird in Ehren halten
Der Bezirksverein Aachen. [581]

Am 9. März verstarb nach langem, schwerem Leiden an der Berufskrankheit unser langjähriger treuer Mitarbeiter, der Setzer **Franz Pickert** im 44. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der W. Köbkeschen Offizin Berlin. [576]

Am 8. März verstarb unser wertvolles Mitglied, der Drucker **H. Kirchhoff** aus Kautzstatt im 23. Lebensjahre. [571] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 5. März verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege [584] **Jean Küsters** aus St. Tönis bei Krefeld im Alter von 28 Jahren. Sein biederer Charakter und sein aufrichtiges Wesen sichern ihm ein dauerndes Andenken. Bezirk Krefeld.

Nach kurzem Leiden verstarb unser lieber Kollege und Faktor [578] **Emil Wiesach** im 59. Lebensjahre. Der Verstorbene war uns allezeit ein wohlgesinnter Vorgesetzter, und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten. [578] Leipzig, 11. März 1903. Das Personal der Buchdruckerei Otto Wigand m. b. H.

Am 8. März verschied das langjährige Mitglied, der Invalide **Hermann Neuhof** aus Leipzig im Alter von 50 Jahren. Ein treues Andenken bewahrt ihm [570] Der Bezirksverein Ludwigshafen a. Rh.

Am Sonntag, den 8. März, abends 10 Uhr, verschied im Krankenhaus zu Aachen unser lieber Kollege [582] **Joseph Kommerscheidt** im Alter von 21 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Ortsverein Stolberg (Rhd.), V. d. D. B.

Am 10. März verschied plötzlich und unerwartet infolge Schlagflusses unser altselbst geachteter Kollege, der Schriftsetzer [579] **Hans Brandl** von hier, im Alter von 41 Jahren. Sein aufrichtiger Charakter, seine wahre Kollegialität wird bei uns in dauerndem Andenken bleiben. Die Mitgliedschaft Würzburg.

Am 10. März, abends 7½ Uhr, verschied plötzlich und unerwartet infolge Schlagflusses unser Freund und langjähriger Geschäftskollege [580] **Hans Brandl** im Alter von 41 Jahren. Sein aufrichtiger Charakter und echt kollegialer Sinn sichern ihm ein dauerndes Andenken. Die Kollegen der Königl. Universitätsdruckerei von H. Stürtz in Würzburg.

Am 10. März verschied nach langem, schwerem Leiden unser wertvoller Kollege, der Setzer [585] **Albin Bruno Gatter** aus Rohnau bei Zittau, in seinem 30. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft Zwickau.